

Präsidentin Bärbel Bas

- (A) ZP 40 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

Drucksachen 20/12089, 20/...

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Der Tagesordnungspunkt 19 sowie die Tagesordnungspunkte 22 000 und 22 ppp sowie Tagesordnungspunkt 22 dddd werden abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 8 wird bei den Ohne-Debatte-Punkten aufgerufen.

Tagesordnungspunkt 4 wird mit Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen und beraten.

Die weiteren Änderungen und Ergänzungen sowie den geänderten Ablauf der Beratungen im Übrigen können Sie der Zusatzpunktliste entnehmen.

Damit kommen wir zur **Feststellung der Tagesordnungen** der 209., 210. und 211. Sitzung mit den gerade genannten Änderungen und Ergänzungen.

- (B) Wer stimmt für diese Tagesordnungen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die Gruppe BSW und die Gruppe Die Linke. Dann sind die Tagesordnungen so beschlossen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2025 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2025 – ERPWiPlanG 2025)**

Drucksachen 20/12786, 20/13086

Es wurde beantragt, den Gesetzentwurf an den Wirtschaftsausschuss zurückzuverweisen. Wer stimmt für den Antrag auf Zurückverweisung? – Das sind alle Fraktionen und die Gruppe des BSW. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Enthaltung? – Das ist die Gruppe der Linken. Damit ist der Antrag auf Zurückverweisung angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler:

Zu aktuellen innenpolitischen Themen

Hierzu liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU/CSU, ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion

der AfD vor. Über die Entschließungsanträge der Fraktion der CDU/CSU werden wir später namentlich abstimmen. (C)

Für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung wurde eine Dauer von 90 Minuten beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat nun der Bundeskanzler, Herr Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was wir heute von Roman Schwarzman gehört haben, fällt es nicht leicht, zur Tagesordnung überzugehen. Wir verneigen uns vor ihm und vor allen Opfern des Holocaust. Roman Schwarzmans Worte hallen nach: „Menschlichkeit und Gerechtigkeit dürfen keine leeren Worte sein“, hat er uns ins Stammbuch geschrieben. Ich sage: Menschlichkeit und Gerechtigkeit sind Versprechen unserer demokratischen Verfassung. Menschlichkeit und Gerechtigkeit finden ihren Ausdruck in den Grundrechten, darunter das Recht auf Asyl, das Schutz vor Gewalt, Krieg und Terror bietet.

Wenn wir heute über die bestürzende, grausame Tat von Aschaffenburg und ihre Folgen diskutieren, dann möchte ich eines voranstellen: Das Recht auf Asyl ist fester Bestandteil unserer Rechts- und Werteordnung. Daran dürfen wir nicht rütteln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Das Recht auf Asyl ist die unmittelbare Antwort auch auf das Grauen der NS-Herrschaft. Damals waren es deutsche und europäische Juden, die an fremden Grenzen abgewiesen wurden. Das, so die Lehre der Geschichte, darf nie wieder passieren. Das darf gerade Deutschland nie wieder zulassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir also heute, 80 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, hier im Bundestag über Asyl, Flucht und Migration diskutieren und auch über alle Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, dann gehört das Bekenntnis zum Recht auf Asyl für politisch Verfolgte dazu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn es gebietet der Anstand, dass wir klar unterscheiden zwischen denen, die sich auf den Schutz des Asylrechts berufen können, und jenen, für die das nicht gilt.

Meine Damen und Herren, was in Aschaffenburg passiert ist, ist ein abscheuliches, ein monströses Verbrechen. Zwei Menschen wurden brutal getötet: ein zweijähriger Junge und ein Mann, der sich dem Angreifer mutig in den Weg stellte. Wer sticht auf ein zweijähriges Kind ein?

(Zuruf von der AfD)

Bundeskanzler Olaf Scholz

(A) Solch eine Tat sprengt die eigene Vorstellungskraft. Den Schmerz der Eltern kann man sich kaum ausmalen. Ich denke oft an die Opfer und ihre Familien und Freunde. Wir trauern mit ihnen und mit den Bürgerinnen und Bürgern von Aschaffenburg.

In Aschaffenburg und an vielen Orten im Land ist neben großer Anteilnahme und Mitgefühl auch zu spüren, wie tief verunsichert viele Bürgerinnen und Bürger sind. Mannheim, Solingen, Magdeburg, jetzt Aschaffenburg:

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Wieder war der Täter jemand, der unseren Schutz missbraucht hat. Wieder war es jemand, der gar nicht mehr hier oder zumindest nicht auf freiem Fuß sein sollte. Wieder stellt sich die dringende Frage, ob und wo Behörden versagt haben.

(Stephan Brandner [AfD]: Geben Sie doch mal Antworten, Herr Scholz! Stellen Sie keine Fragen! Geben Sie lieber Antworten!)

Ich verstehe jeden, der sagt: Mir reicht es! Und ich sage auch: Es reicht! Auch ich bin empört.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie regieren doch! – Zurufe von der CDU/CSU)

Ich bin empört, wenn Behörden in Bund und in den Ländern und den Kommunen nicht alles tun, was rechtlich möglich ist. Deshalb sage ich bewusst: Wir haben ein Vollzugsdefizit;

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: In der Regierung!)

(B) denn alle vier Straftaten – in Mannheim, in Solingen, in Magdeburg und in Aschaffenburg – hätten mit den bestehenden und von uns verschärften Gesetzen verhindert werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Deshalb ist es gut und anständig, dass neben dem Bund auch die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt Aufklärung versprochen und sich darum gekümmert haben.

(Stephan Brandner [AfD]: Aufklärung nützt keinem Toten was!)

Umso irritierender ist es dagegen, wie sich die Bayerische Staatsregierung aus der Affäre ziehen will,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

indem sie mit dem Finger auf andere zeigt, anstatt zu fragen: Was ist eigentlich hier bei uns schiefgegangen, hier bei uns in Bayern? Denn es sind Dinge schiefgelaufen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

Ja, auch das BAMF, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, hätte schneller sein müssen. Das habe ich noch am Tag des Verbrechens mit dem Präsidenten des BAMF geklärt; denn das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Der Vollzug des Ausländerrechts, die polizeiliche Gefahrenabwehr, die Durchführung von Abschiebung, der Schutz der Allgemeinheit vor psychisch kranken Gefährdungen: Das alles ist in unserem Staat Aufgabe der Länder. So steht es im Grundgesetz. Und ich bin die Nebelkerzen leid, die nach solchen Straftaten geworfen werden, um eigene Missstände zu kaschieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Hallo? Hallo?)

Der Bund kann den gesetzlichen Rahmen setzen für eine bessere Steuerung von Migration, für ein schärferes Asylrecht und für mehr Abschiebungen. Das haben wir getan, und das werden wir weiter tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich erwarte, dass Gesetze überall konsequent angewandt werden.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Wir haben die Asylverfahren gestrafft, damit unsere Behörden schneller entscheiden können. Wir haben für strengere Regeln bei der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern gesorgt, damit die Länder sie nutzen können: Stichwort „Bezahlkarte“, Stichwort „Sachleistungen“ und vieles mehr.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ja, Bezahlkarte!)

(D) Grenzkontrollen an allen Binnengrenzen: Wir haben sie durchgesetzt, anders als die CDU- und CSU-Innenminister vor uns. Weit über 40 000 Personen haben wir dadurch allein im vergangenen Jahr an der Grenze zurückgewiesen.

(Stephan Brandner [AfD]: Zehn Jahre zu spät!)

Längere Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam: Wir haben die Möglichkeiten dafür ausgeweitet und verschärft. Diese Möglichkeiten müssen jetzt auch überall in Deutschland in allen Ländern vollständig genutzt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ja, und wir brauchen mehr Abschiebehaftplätze; ich fordere das seit Langem. Auch Dublin-Center zur Rückführung von Asylbewerbern, für die ein anderes EU-Land zuständig ist, brauchen wir in allen Ländern und nicht nur in Hamburg.

Bei all dem geht es darum, Abschiebungen auch effektiv durchzusetzen,

(Zuruf von der AfD: Wir brauchen weniger Einschreibungen!)

weil wir nur dann die Akzeptanz für legale Zuwanderung erhalten, wenn wir unser Recht durchsetzen. Und wir haben die Zahl der Abschiebungen erheblich gesteigert: um fast ein Viertel gegenüber dem Vorjahr und sogar um 70 Prozent gegenüber 2021.

(Stephan Brandner [AfD]: Sagen Sie doch mal die richtigen Zahlen! Nicht nur die Prozente!)

Bundeskanzler Olaf Scholz

- (A) Wir sind das einzige Land in Europa, dem es in den letzten Jahren überhaupt gelungen ist, Straftäter nach Afghanistan abzuschieben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stephan Brandner [AfD]: Ja, vor der Landtagswahl!)

Das ist verdammt schwierig mit einer Taliban-Regierung, aber wir haben es geschafft.

(Beifall bei der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Nur eine Woche vor der Wahl! Sonst nicht!)

Der nächste Flug ist in Vorbereitung.

Wir schauen uns auch die Entwicklungen in Syrien sehr genau an. Sobald die Lage vor Ort es zulässt, werden wir auch dorthin Abschiebungen von Straftätern vornehmen – nach Recht und Gesetz, so wie es sich in einem Rechtsstaat gehört. Darüber reden wir mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, so wie wir auch in den vergangenen Jahren in diesem Kreis immer wieder weitgehende Beschlüsse gefasst haben.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ja, Bezahlkarte!)

Ich bin bereit, jeden, auch jeden neuen Vorschlag durchzusetzen, der unseren Behörden die Arbeit weiter erleichtert.

(Tilman Kuban [CDU/CSU]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Aber noch einmal: Die Taten von Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg hätten durch die konsequente Anwendung bestehender Gesetze verhindert werden können – allesamt.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beatrix von Storch [AfD]: Vielleicht sind es einfach zu viele!)

Das ist, was besser werden muss. Am Montag haben die Innenministerinnen und Innenminister genau darüber beraten. Ich unterstütze ausdrücklich, dass die Innenministerinnen und Innenminister vereinbart haben, Gewalttaten psychisch Kranker wirksamer zu verhindern,

(Stephan Brandner [AfD]: Sie wollen sie erfassen, mehr nicht!)

damit auch solche Gefährder, die keine Terroristen sind, früher erkannt und besser überwacht werden. Und ich begrüße ihren Beschluss, den Datenabgleich und den Informationsaustausch zwischen allen Sicherheitsbehörden zu intensivieren und biometrische Daten zur Gefahrenabwehr noch stärker zu nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einigen unserer Maßnahmen sind wir hart an die Grenze dessen gegangen, was unsere Verfassung und die europäischen Verträge erlauben.

(Stephan Brandner [AfD]: So ein Unsinn!)

Das gilt besonders für die temporären Grenzkontrollen, die alle sechs Monate neu begründet und verlängert werden müssen. Das tun wir und werden wir weiter tun. Aber klar ist auch: Über geltendes Recht hinaus kann, über geltendes Recht hinaus darf man nicht gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beatrix von Storch [AfD]: De lege ferenda! Schon mal gehört? – Zuruf des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU]) (C)

Schaden vom deutschen Volk abzuwenden: Das heißt, alles zu machen, was rechtlich möglich ist – als Rechtsstaat, als größter Mitgliedstaat der Europäischen Union.

(Beatrix von Storch [AfD]: Man kann auch die Verfassung ändern!)

Was dem deutschen Volke hingegen schadet, sind Scheinlösungen, die unseren Rechtsstaat und unsere Verfassung beschädigen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Untätigkeit schadet dem Staat!)

die Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt zerstören,

(Stephan Brandner [AfD]: Das machen Sie doch schon! Oder haben Sie das vergessen?)

die das Fundament der Europäischen Union untergraben, die wir gerade in diesen Zeiten brauchen und für die wir als Deutsche besondere Verantwortung tragen. Genau das aber tun Sie, Herr Merz, wenn Sie sagen: Wir wenden europäisches Recht an unseren Grenzen einfach nicht mehr an.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist doch Unsinn!) (D)

Das ist die Antwort der Populisten!

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie verstehen es wahrscheinlich nicht!)

Die katholische und die evangelische Kirche haben gestern in einem Brandbrief eindringlich vor Ihren Vorschlägen gewarnt, Herr Merz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Unsere Gerichte wären gezwungen, solch ein rechtswidriges Vorgehen sofort zu kassieren. Sie würden es sofort kassieren.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wie bigott!)

Genau das würde schon nach wenigen Tagen im Eilverfahren passieren.

Sie wollen einen Notlagenartikel in den EU-Verträgen nutzen. Dabei wissen Sie genau: Der Europäische Gerichtshof hat das noch nie akzeptiert und würde das auch nicht akzeptieren.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das denn?)

Das größte Land der EU würde offen EU-Recht brechen, so wie das bislang nur Viktor Orbán in Ungarn wagt,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]:

Bundeskanzler Olaf Scholz

(A) Sie brechen doch permanent Verfassungsrecht!

mit fataler Signalwirkung für andere Staaten.

(Zuruf von der AfD: Was ist mit Dänemark, Herr Scholz? – Weiterer Zuruf von der AfD: Niederlande!)

So etwas hätte kein deutscher Bundeskanzler je getan, Konrad Adenauer nicht, Willy Brandt und Helmut Schmidt nicht, Helmut Kohl nicht und auch Angela Merkel nicht. Das muss man hier festhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle wussten um Deutschlands Verantwortung. Und sie wussten: Unsere Wirtschaft profitiert wie keine zweite vom europäischen Binnenmarkt. Aber auch der lebt vom Respekt vor dem europäischen Recht. Eine Erosion des Rechtsstaates zerstört Vertrauen und Stabilität,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Vertrauen ist schon weg!)

und das in einer Zeit, in der unsere Demokratie und ihre Institutionen ohnehin von Rechtsextremisten angegriffen und ausgehöhlt werden. In einer solchen Zeit ist Stabilität gefragt und nicht noch mehr Verunsicherung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Also Ende der Ampel!)

Was würden unsere Unternehmen, Krankenhäuser oder die vielen Grenzpendlerinnen und Grenzpendler sagen, wenn der Lkw- und Personenverkehr an der Grenze kollabiert? Die beschwerten sich jetzt schon über die Mühen, die mit den von meiner Regierung eingeführten Grenzkontrollen verbunden sind. Was würden der polnische Premierminister und der französische Präsident wohl sagen, wenn Deutschland mit Ankündigung europäisches Recht bricht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der österreichische Bundeskanzler hat bereits klar gestellt, dass sein Land Personen nur nach den geltenden europäischen Regeln zurücknimmt. Das heißt ja, Ihre großspurig angekündigten Maßnahmen würden auch rein praktisch gar nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschlands Rolle in Europa muss eine andere sein. Sie folgt aus unserer Geschichte. Sie ist in unserer Verfassung festgeschrieben. Gerade in dieser Zeit, wo Russland unsere Friedensordnung bedroht, wo Präsident Trump einen neuen politischen Kurs einschlägt, ist die Einigkeit Europas wichtiger denn je.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Wäre gewesen!)

Das gilt auch und gerade in der Migrationspolitik, die so lange ein Spaltpilz war. Uns ist es nach acht Jahren des Stillstands gelungen, dass die Europäische Union sich endlich auf ein gemeinsames Asylsystem geeinigt hat.

Nächstes Jahr wird es überall umgesetzt. Dadurch werden die Außengrenzen besser geschützt und viele Rückführungen direkt von dort aus stattfinden. Länder, die bisher Flüchtlinge einfach durchgewunken haben, werden künftig alle Ankommenden elektronisch registrieren müssen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Ganz bestimmt!)

Länder, die sich jahrelang aus der Affäre gezogen haben, haben einer solidarischen Verteilung von Geflüchteten zugestimmt.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht! – Stephan Brandner [AfD]: Funktioniert ja wunderbar!)

Und was gerade für Deutschland wichtig ist: Wir können Asylbewerber künftig viel leichter in das europäische Land rückführen, das für diese Personen zuständig ist, weil diese Länder ihre Zuständigkeit nicht so einfach abstreiten können. Damit beheben wir einen der größten Geburtsfehler im Dublin-System für die Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das alles sind Zugeständnisse, für die wir jahrelang gekämpft haben,

(Stephan Brandner [AfD]: Sie sind ja ein richtiger Kämpfer, Herr Scholz!)

Zugeständnisse, die wir anderen mühsam abringen mussten. All das wäre gefährdet; denn wenn wir aus den europäischen Regeln aussteigen, steigen auch andere aus.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die sind schon ausgestiegen!) (D)

Daher haben gerade wir größtes Interesse daran, dass die neuen Regeln überall angewandt werden. Wir können hier im Bundestag noch vor der Wahl das Gesetz beschließen, das zur Umsetzung dieser großen Reform hier in Deutschland nötig ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch diese große europäische Einigung im Sinne Deutschlands setzen Sie mit Ihren undurchdachten Ankündigungen und rechtswidrigen Vorschlägen aufs Spiel. Es gibt Grenzen, die darf man als Staatsmann nicht überschreiten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Die sollte man schützen!)

Der Amtseid eines Bundeskanzlers – und nicht nur dessen Amtseid – fordert, die Verfassung und das Recht zu wahren und zu verteidigen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: ... und Schaden vom deutschen Volke zu wenden!)

Das ist der Maßstab, den unser Grundgesetz vorgibt.

Sie sagen, Sie würden mit Ihren Vorschlägen „all in“ gehen, so wie man das beim Pokerspielen dahinsagt. Aber Politik in unserem Land ist doch kein Pokerspiel!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundeskanzler Olaf Scholz

- (A) Der Zusammenhalt Europas ist doch kein Spieleinsatz, und ein deutscher Bundeskanzler darf kein Zocker sein; denn er entscheidet im schlimmsten Fall über Krieg oder Frieden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, es wäre Ihnen gleichgültig, wer Ihren rechtswidrigen Vorschlägen zustimmt. Aber es ist nicht gleichgültig, ob man mit den extremen Rechten zusammenarbeitet. Nicht in Deutschland!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU])

Seit Gründung der Bundesrepublik vor über 75 Jahren gab es immer einen klaren Konsens aller Demokratinnen und Demokraten: In unseren Parlamenten machen wir mit extremen Rechten nicht gemeinsame Sache.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben diesen Grundkonsens unserer Republik im Affekt aufgekündigt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Bitte?)

Und Sie haben als Allererstes klargestellt: Sie werden über Ihre Vorschläge mit den demokratischen Parteien gar nicht mehr verhandeln. Damit bleiben Ihnen als Partner ja nur diejenigen, denen Recht und Gesetz schon immer egal waren: die extremen Rechten.

- (B) (Lachen bei Abgeordneten der AfD – Stephan Brandner [AfD]: Die Sozis!)

Das wissen Sie.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Mehr noch: Darauf legen Sie es an. Sie nehmen die Unterstützung der AfD für Ihre rechtswidrigen Vorschläge offen in Kauf,

(Stephan Brandner [AfD]: Ach, uns meinen Sie! Jetzt kommt es aber hier raus! Ich habe schon gedacht: Würüber faseln Sie die ganze Zeit? – Weiterer Zuruf von der AfD)

die Unterstützung derer, die unsere Demokratie bekämpfen, die unser vereintes Europa verachten,

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie verachten Menschenleben! Menschenverachtend, was Sie hier machen!)

die das Klima in unserem Land seit Jahren immer weiter vergiften.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Machen Sie doch gerade!)

Das ist ein schwerer Fehler, das ist ein unverzeihlicher Fehler!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das entscheidet der Wähler! – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Was machen Sie eigentlich gegen die AfD? – Gegenruf

der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Brandmauer halten!) (C)

Bisher kannten wir Ihre Umfaller und Zickzackkurse nur von anderen Stellen:

(Stephan Brandner [AfD]: Die Toten von Aschaffenburg und Magdeburg sind Ihre Toten, Herr Scholz!)

aus der Außenpolitik – ich sage nur: Taurus-Ultimatum – oder beim Renteneintrittsalter, wo Sie den Leuten etwas anderes erzählen, als in Ihrem Parteiprogramm steht.

(Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Hören Sie mal auf, zu lügen!)

Aber in einer für unser Land so zentralen Frage, nämlich der Frage, ob man als Demokrat mit den extremen Rechten gemeinsame Sache macht, hatte ich Ihren Zusicherungen wirklich geglaubt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Heul doch!)

Am 12. November hatten Sie gesagt: Ich will keine Mehrheiten im Parlament mit der AfD.

(Tino Chrupalla [AfD]: Es sind Wahlen! Haben Sie doch Verständnis für Herrn Merz!)

Am 13. November haben Sie das hier an diesem Rednerpult wortreich bekräftigt.

(Saskia Esken [SPD]: Ja!)

Sie haben mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD fest vereinbart, alles zu unterlassen, wofür Sie auf Stimmen der AfD angewiesen sind. (D)

(Stephan Brandner [AfD]: Mimimimimi! – Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Noch vor drei Wochen haben Sie im Fernsehen Ihr Wort gegeben, die CDU werde ihre Seele nicht verkaufen durch eine Zusammenarbeit mit der AfD.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Genau so! Vielen Dank, dass Sie mich so richtig zitieren! – Stephan Brandner [AfD]: Die CDU hat keine Seele! – Zurufe von der SPD)

Sie haben Ihr politisches Schicksal damit verbunden. Viele Bürgerinnen und Bürger haben darauf und auf Ihr Wort vertraut. Aber was sind diese Worte jetzt noch wert?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das tröstet die Opfer sehr, Ihre Rede!)

Was sind diese Worte jetzt noch wert?

Wir erleben das doch gerade in Österreich.

(Beatrix von Storch [AfD]: Genau!)

Auch dort hatten alle demokratischen Parteien vor der Wahl ganz klar gesagt: Wir regieren auf keinen Fall mit der FPÖ, dem dortigen Pendant zur AfD.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Da wird Kickl jetzt Kanzler! Gott sei Dank!)

Gerade die Konservativen haben das hoch und heilig versprochen.

Bundeskanzler Olaf Scholz

- (A) (Beatrix von Storch [AfD]: Exakt! – Kay-Uwe Ziegler [AfD]: Dann hat der Wähler was anderes gewollt!)

Und jetzt, nach der Wahl? Jetzt sind die österreichischen Konservativen plötzlich bereit, einen extrem rechten Kanzler der FPÖ zu wählen und mit ihm zu regieren.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das hat die SPÖ noch nie gemacht! – Zurufe von der AfD)

Für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist jedenfalls nun vollkommen klar: Es darf nach der Bundestagswahl keine Mehrheit für CDU/CSU und AfD geben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten des BSW – Gegenruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD]: Da können Sie klatschen, wie Sie wollen! Das entscheidet der Wähler! – Stephan Brandner [AfD]: So wird's aber ausgehen! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wo sind Ihre Lösungen?)

Es darf nach der Bundestagswahl keine Mehrheit für CDU/CSU und AfD geben; sonst droht uns eine schwarz-blaue Regierung in Deutschland.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das, was das Volk will! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist so eine Lüge! Infam! Wirklich infam! – Zuruf des Abg. Wilfried Oellers [CDU/CSU])

- (B) Denn wer sagt: „Mir ist gleichgültig, wer für meine Anträge stimmt“, der sagt am Ende auch: Mir ist gleichgültig, wer für mich stimmt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nee! Nee! Die Frau Präsidentin hat um Anstand gebeten! Und da ist null Anstand! Null Anstand! Das ist eine moralische Bankrotterklärung!)

Und programmatische Überschneidungen zwischen Ihnen und denen von der AfD gibt es ja nicht nur bei den rechtswidrigen, europafeindlichen Vorschlägen zur Begrenzung der irregulären Migration.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Meine Güte, müssen Sie verzweifelt sein! Müssen Sie verzweifelt sein! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Am Ende! – Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Sie als Kanzler sind eine Nullnummer!)

Die Steuerpläne von CDU und AfD würden ausgerechnet die Allerreichsten am stärksten entlasten. Und einig sind Sie sich auch, dass in Deutschland angeblich viel zu wenig gearbeitet wird und man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deshalb mehr Druck machen müsse.

(Stephan Brandner [AfD]: So richtig arm war der Olearius aber auch nicht, oder? – Zuruf von der FDP: In welcher Realität lebt dieser Bundeskanzler?)

Aber die Bürgerinnen und Bürger können am 23. Februar dafür sorgen, dass es keine Mehrheit gibt für eine solch falsche Politik in Deutschland.

- (C) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das machen die aber nicht! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Also, falscher als Ihre Politik, das geht ja gar nicht!)

Die Bürgerinnen und Bürger können dafür sorgen, dass es keine Mehrheit gibt für Schwarz-Blau in unserem Land.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist so unverschämt! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Sehr peinlich! – Stephan Brandner [AfD]: Blau-Schwarz!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden aus der demokratischen Mitte heraus für mehr Ordnung und Steuerung und Humanität in der Migrationspolitik sorgen, so wie wir das gemeinsam mit den Ländern in den zurückliegenden Jahren gemacht haben.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Weiter so!)

Wichtige Vorschläge zur Stärkung der inneren Sicherheit liegen entscheidungsreif hier im Bundestag oder im Bundesrat.

(Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Ach! – Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: Gar nichts haben Sie auf die Kette gekriegt!)

Das Gesetz zur Umsetzung der europäischen Asylreform habe ich eben schon erwähnt. Je schneller das kommt, desto besser können sich die Länder darauf vorbereiten. Wir wollen das Bundespolizeigesetz modernisieren; auch das liegt hier im Bundestag.

- (D) (Thorsten Frei [CDU/CSU]: Misstrauen gegenüber der Polizei! Das nennen Sie „mehr Sicherheit“?)

Es geht darum, der Bundespolizei eine bessere Ermittlungsarbeit zu ermöglichen, auf dem aktuellen Stand der Technik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Unfug!)

Das können wir diese Woche gemeinsam auf den Weg bringen.

(Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Sie haben es in den letzten drei Jahren nicht geschafft! Drei Jahre hatten Sie Zeit!)

Und auch die Gesetzesverschärfungen, die wir nach dem Anschlag von Solingen beschlossen haben, liegen weiter auf dem Tisch. Dazu zählen zum Beispiel neue Befugnisse, auf die unsere Sicherheitsbehörden dringend warten, etwa beim biometrischen Datenabgleich im Internet. Ich habe kein Verständnis dafür,

(Stephan Brandner [AfD]: Das glaube ich!)

dass diese Änderungen von den unionsgeführten Ländern im Bundesrat weiter blockiert werden.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ganz genau!)

Worauf warten wir denn noch?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]:

Bundeskanzler Olaf Scholz

- (A) Worauf warten Sie? Sie können den Vermittlungsausschuss anrufen und machen es nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zum Schluss.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Gott sei Dank! – Stephan Brandner [AfD]: Gott sei Dank!)

Am Tag nach dem Attentat von Aschaffenburg war ich in Erfurt unterwegs. Am Rande dieser Bürgerveranstaltung ist ein junger Mann auf mich zugekommen und hat zu mir gesagt: Herr Scholz, ich komme aus Afghanistan, genauso wie der Täter von Aschaffenburg, und ich möchte Ihnen und allen Deutschen sagen: Wir sind nicht alle so.

(Stephan Brandner [AfD]: Danach waren Sie im Paulanergarten, oder? – Thomas Seitz [fraktionslos]: Paulanergarten!)

Was da geschehen ist, das erschüttert mich genauso wie alle anderen hier im Land.

Meine Damen und Herren, fast ein Drittel von uns in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte. Viele von ihnen haben große Angst, unter Generalverdacht zu geraten.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Dabei leiden sie unter Hass und Gewalt genauso wie alle anderen von uns.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das sind die, die AfD wählen, wenn sie können!)

- (B) Unter den Opfern von Aschaffenburg waren ein kleiner Junge aus Marokko und ein kleines Mädchen aus Syrien. Und deshalb dürfen wir uns nicht spalten lassen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Jetzt müssen Sie noch mal über Respekt reden! Nehmen Sie doch mal das Wort „Respekt“ dazu! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Und die Angehörigen sind fassungslos! – Dr. Malte Kaufmann [AfD]: Sie spalten doch die ganze Zeit! – Marc Bernhard [AfD]: Das ist Ihre Verantwortung, dass das passiert!)

Maximale Konsequenz

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: In was denn?)

gegenüber denjenigen, die unser Land und unseren Schutz ausnutzen, ohne den Rechtsstaat aufzugeben,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Haltet den Dieb!)

und zugleich keinen Fußbreit den, die Hass und Hetze säen,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Machen Sie doch gerade!)

das ist der richtige Kurs für unser Land.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Eine moralische Bankrotterklärung des Bundeskanzlers! Das war mal nix!)

Präsidentin Bärbel Bas:

(C)

Ich eröffne nun die Aussprache, und zuerst hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie auch mir eine Vorbemerkung zu der Gedenkstunde, die wir heute über die Mittagszeit hatten, und eine Erinnerung an die Rede von Roman Schwarzman, die uns ja alle sehr bewegt hat. Ich will es einfach an die Adresse dieser Fraktion hier rechts sagen und an Ihre, Herr Gauland: Das war Ihr Fliegenschiss, von dem Sie vor Jahr und Tag gesprochen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Er hat nicht „Fliegenschiss“ gesagt! Herr Gauland hat nie „Fliegenschiss“ gesagt! Ihre Rede ist ein Fliegenschiss! – Tino Chrupalla [AfD]: Sie wissen nicht mal, was er gesagt hat! – Weiterer Zuruf von der AfD: So was will Kanzler werden!)

Meine Damen und Herren, vier Tage vor dem letzten Weihnachtsfest rast ein seit Jahren behördenbekanntes Mann aus Saudi-Arabien mit einem geliehenen Auto durch einen Weihnachtsmarkt in Magdeburg und tötet dabei sechs Menschen. Über 300 werden zum Teil schwer verletzt. Viele von den verletzten Kindern, Heranwachsenden, Männern und Frauen jeden Alters werden nie wieder ein uneingeschränkt normales Leben führen können. Und heute vor einer Woche werden ein kleines Kind aus einer Kindergartengruppe und ein zufällig anwesender Mann, der den Kindern helfen wollte, von einem ebenfalls behördenbekannten Afghanen erstochen. Ein weiteres Kind und ein weiterer Mann, der gleichfalls zu Hilfe geeilt war, erleiden durch den Angreifer schwere Verletzungen.

Wir haben auch hier im Deutschen Bundestag den Opfern und ihren Angehörigen unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme ausgedrückt.

(Stephan Brandner [AfD]: Ihre Brandmaueropfer, Herr Merz!)

Ich will es sehr deutlich sagen: Wenn unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme wirklich ernst gemeint sein sollen, wenn Mitgefühl und Anteilnahme nach solchen Anschlägen nicht immer mehr zum politischen Ritual verkommen sollen, dann müssen spätestens nach Magdeburg und nach Aschaffenburg jetzt endlich wirksame Entscheidungen gegen den Zustrom illegaler Flüchtlinge nach Deutschland und gegen den illegalen Aufenthalt der Flüchtlinge in Deutschland getroffen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Johannes Huber [fraktionslos] – Stephan Brandner [AfD]: Die hätten vorher passieren müssen, Herr Merz! Und Sie haben sich verweigert! Die Menschen würden alle noch leben, wenn Sie Ihre Brand-

(D)

Friedrich Merz

(A) mauer nicht errichtet hätten! – Zuruf von der SPD)

Wir haben in Deutschland ein massives Problem mit der Ausländerkriminalität, vor allem unter den Asylbewerbern. Dieser Hinweis auf die Asylbewerber ist mir besonders wichtig, meine Damen und Herren. Denn wir haben zugleich eine große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland zum Teil seit Jahrzehnten leben, in zweiter, dritter und vierter Generation. Diese Menschen sind Teil unseres Landes. Es sind Menschen, die Deutsche sind, die mit uns leben und arbeiten, die Familien haben und ohne die unser Land einfach nicht bestehen könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Es sind Menschen, die einen Anspruch darauf haben, dass sie nicht in einem Atemzug mit den straffälligen Asylbewerbern genannt werden. Es sind Menschen, die sich zum Teil sogar für eine sehr viel härtere Asyl- und Einwanderungspolitik einsetzen,

(Stephan Brandner [AfD]: ... und deshalb AfD wählen!)

weil sie vielleicht noch klarer sehen, welche Probleme wir in unserem Land haben, weil sie selbst mittlerweile zur Zielscheibe des Hasses und der Gewalt werden, eines Hasses und einer Gewalt, die vor allem aus rechtsradikalen Kreisen geschürt wird,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Dazu gehören Sie ja jetzt neuerdings auch!)

(B) die mit der AfD auch hier im Deutschen Bundestag mittlerweile ihren Platz eingenommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Stephan Brandner [AfD]: Ihre Brandmauertoten! – Weiterer Zuruf von der AfD)

Herr Bundeskanzler, Sie geben heute nun bereits zum dritten Mal innerhalb kurzer Zeit eine Regierungserklärung ab zu den tödlichen Angriffen der letzten Monate. Sie haben, wie wir das von Ihnen kennen, in großen Worten gelobt, was Sie alles in den letzten Jahren getan haben, und haben die ungelösten Probleme ganz überwiegend bei einem Vollzugsdefizit der Länderbehörden gesehen. Herr Bundeskanzler, der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat heute Morgen letztmalig – nicht zum ersten Mal, aber heute Morgen erneut – im Innenausschuss des Deutschen Bundestages eine Überlastungsanzeige abgegeben, von einem Amt, dem Sie in Ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 10 Prozent der Mittel kürzen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Glauben Sie im Ernst, dass wir ein Vollzugsdefizit haben, und alles andere, was Sie bis jetzt gemacht haben, ist in Ordnung?

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen. Sie haben mit den Ministerpräsidenten mehrfach getagt, intensiv beraten, einvernehmliche Vorschläge gemacht. Darunter war die Einführung einer bundesweit einheitlichen Be-

zahlkarte für die Asylbewerber. Diese Verabredung steht bis zum heutigen Tag nicht im Asylbewerberleistungsgesetz. (C)

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muss sie ja auch nicht!)

Einige Länder haben sie für sich eingeführt, zum Beispiel der von Ihnen hier so kritisierte Freistaat Bayern. In Bayern organisieren die Grünen

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja! Missbrauch!)

den systematischen Missbrauch dieser Karte, indem sie Warengutscheine einkaufen lassen und diese Warengutscheine in den Kreisgeschäftsstellen der Grünen gegen Bargeld eintauschen, meine Damen und Herren. Das ist der Erfolg Ihrer Politik mit den Ministerpräsidenten in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos] und Johannes Huber [fraktionslos])

Sie beklagen, dass die Länder Ihnen bisher die Zustimmung für ein Sicherheitspaket im letzten Jahr nicht gegeben haben. Herr Bundeskanzler, dieses Sicherheitspaket kam schon ohnehin abgespeckt aus dem Deutschen Bundestag heraus, weil Sie in Ihren eigenen Fraktionen nicht durchsetzen konnten, was Sie vorher im Kabinett beschlossen haben.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und Sie werden das mit denen da regeln, ne?)

Jetzt haben Sie im Bundesrat noch nicht einmal den Vermittlungsausschuss angerufen, weil Sie befürchten, dass ein verbessertes Ergebnis aus dem Vermittlungsausschuss erneut die Zustimmung Ihrer Fraktionen, vor allen Dingen der Sozialdemokraten und der Grünen, nicht finden wird. (D)

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Genau so ist es! – Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Genau! Genau! So ist es!)

Herr Bundeskanzler, es ist zu einfach – um nicht zu sagen: sehr billig –, hier den Vollzug bei den Behörden als das eigentliche Problem anzusehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun unterstellen Sie mir, ich machte hier rechtswidrige Vorschläge. Das ist ein ernstzunehmender Vorwurf,

(Dr. Daniela De Ridder [SPD]: Und der stimmt!)

und ich nehme diesen Vorwurf ernst. Bevor ich darauf zu sprechen komme, möchte ich Ihnen aber auch noch einen Satz sagen. Hier zu beklagen, dass die Rechtslage so sei, wie sie ist, ist doch nicht die Aufgabe des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja! Aber wirklich!)

Sie sind doch nicht der oberste Notar dieser Republik, Sie sind der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Und wenn die Gesetze nicht ausreichend sind, dann müs-

Friedrich Merz

(A) sen Sie Vorschläge machen, die Gesetze zu ändern, und doch nicht erklären, was alles mit den bestehenden Gesetzen angeblich nicht geht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos] und Johannes Huber [fraktionslos])

Unser wichtigster Vorschlag, mein wichtigster Vorschlag ist, jetzt endlich Grenzkontrollen dauerhaft durchzuführen und Zurückweisungen zu ermöglichen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist unser Vorschlag!)

Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag ist, nachdem die gesamte europäische Einwanderungs- und Asylpolitik dysfunktional geworden ist – und sie ist dysfunktional –, ein Vorschlag, der schon nach einfachem europäischen Recht zulässig ist.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das haben wir 2017 schon gefordert!)

Ich stelle Ihnen mal die Frage: Was machen Dänemark, Schweden, Finnland, Italien, die Niederlande, viele andere Länder in der Europäischen Union denn anders, als ich es hier vorschlage?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos] und Johannes Huber [fraktionslos])

(B) Diese Länder sind in derselben Europäischen Union wie wir.

Nun zur Inanspruchnahme des Artikels 72 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Professor Hans-Jürgen Papier, und mehrere ehemalige Richter des deutschen Bundesverfassungsgerichtes sagen Ihnen: Die Anwendung dieses Artikels ist nicht nur möglich, sie ist geboten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Artikel eröffnet dem nationalen Recht den Vorrang bei einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Und jetzt will ich Sie einmal fragen: Was muss eigentlich in Deutschland noch passieren? Wie viele Menschen müssen noch ermordet werden?

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie wollten nicht mal darüber reden im Wahlkampf!)

Wie viele Kinder müssen noch Opfer solcher Gewalttaten werden, bevor Sie auch der Meinung sind, dass es sich hier um eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt? Was muss eigentlich noch geschehen?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos] und Johannes Huber [fraktionslos] – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Warum haben Sie das denn nicht vorher gemacht?)

Im Übrigen: Ihr Hinweis auf das deutsche Asylrecht trifft mittlerweile nur noch auf weniger als 3 Prozent der Asylbewerber zu.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Mittlerweile? Von Anfang an!)

Zu Ihrer Erinnerung: Im Jahr 1993 ist das Grundgesetz – einvernehmlich zwischen den Sozialdemokraten und meiner Fraktion – geändert worden, und zwar mit einer Bestimmung genau in Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes,

(Stephan Brandner [AfD]: Wusste das Frau Merkel auch?)

der seitdem ausdrücklich regelt, dass diejenigen, die aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union kommen oder aus einem Land, in dem die Europäische Menschenrechtskonvention gilt, keinen Anspruch haben, das deutsche Grundrecht auf Asyl in Anspruch zu nehmen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Sensationell! Das gilt seit 2015! – Weiterer Zuruf von der AfD: Das hat aber schon vor zehn Jahren gegolten!)

Das trifft für alle zu, die auf dem Landweg nach Deutschland kommen, für ausnahmslos alle, meine Damen und Herren. Wo liegt in dem, was ich Ihnen hier vorschlage, der Verstoß gegen das deutsche Grundrecht auf Asyl?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Johannes Huber [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige wenige Bemerkungen zu unserem Gesetzentwurf machen, der hier am Freitag zur Abstimmung stehen wird. Dieser Gesetzentwurf wird seit September im Deutschen Bundestag beraten. Das ist nichts, was wir Ihnen plötzlich und über Nacht vorgelegt haben. Es ist ein Gesetzentwurf, den wir nach den Anschlägen in Solingen in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Sie haben diesen Gesetzentwurf mit Ihrer damals noch bestehenden Mehrheit am Tag des Auseinanderbrechens der Koalition, am 6. November 2024, im Innenausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt will ich Ihnen kurz sagen, was in diesem Gesetzentwurf steht, der am Freitag dieser Woche in zweiter und dritter Lesung zur Abstimmung steht. Es stehen drei Punkte darin: erstens die Wiederaufnahme des Begriffs „Begrenzung“ als Zweck des Aufenthaltsgesetzes; zweitens die Beendigung des Familiennachzuges nur für diejenigen, denen subsidiär Schutz gewährt wird, also für diejenigen, die kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, und drittens eine Erweiterung der Kompetenzen der Bundespolizei, damit diese mit eigenen Zuständigkeiten für aufenthaltsbeendende Maßnahmen sorgen kann.

(Zuruf der Abg. Katja Mast [SPD])

Jetzt stelle ich Ihnen mal die Frage: Was ist daran europarechtswidrig? Was ist daran verfassungswidrig? Und was hält Sie davon ab, diesen drei Vorschlägen am Freitag hier im Deutschen Bundestag zuzustimmen?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Norbert Kleinwächter [AfD], Joana Cotar [fraktionslos] und Johannes Huber [fraktionslos])

(C)

(D)

Friedrich Merz

- (A) Was hält Sie davon ab? Wenn Sie diesen Vorschlägen nicht zustimmen, meine Damen und Herren – Sozialdemokraten, Grüne, FDP –, dann dokumentieren Sie am Freitag endgültig,

(Nezahat Baradari [SPD]: Haben Sie dem Bundeskanzler nicht zugehört?)

dass Sie eine Änderung des Zustroms in die Bundesrepublik Deutschland in Wahrheit nicht wollen. Das ist dann das Ergebnis, das wir am Freitag von Ihnen bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD – Beatrix von Storch [AfD]: Wenn Sie eine Koalition ausschließen, dokumentieren Sie, dass Sie gar nichts ändern wollen!)

Und jetzt erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, dass ich zum Abschluss noch etwas sehr Persönliches sage. Ich habe das, was ich Ihnen jetzt sage, nach meiner Erinnerung in den über 18 Jahren, die ich diesem Parlament angehöre, von dieser Stelle aus noch nie getan; aber ich sage es Ihnen heute: Ich kann es spätestens nach dem furchtbaren Anschlag in Magdeburg und den tödlichen Messerangriffen in Aschaffenburg persönlich, aber auch als Vorsitzender dieser Bundestagsfraktion mit meinem Gewissen einfach nicht mehr vereinbaren.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Und all die Morde vorher? – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Welches Gewissen, wenn Sie mit denen von der AfD zusammenarbeiten? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

- (B) Stephan Brandner [AfD]: Zehn Jahre das Gegenteil gemacht!)

– Vielen Dank für diese Zurufe. Wenn bei dem Wort „Gewissen“

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ja, weil es nicht stimmt! Das glaubt Ihnen keiner! Niemand glaubt Ihnen das! – Zurufe von der SPD)

solche Reaktionen Ihrerseits erfolgen, dann weiß man, was das Wort „Respekt“ in Ihrer Fraktion und in Ihrer Partei wirklich bedeutet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos] und Johannes Huber [fraktionslos])

Ich wiederhole: Ich kann es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, dass angeblich formale Absprachen mit Ihnen, der SPD und den Grünen, nach dem Auseinanderbrechen der Ampelregierung dazu führen sollen, dass wir hier im Deutschen Bundestag nur die Entscheidungen zur Abstimmung bringen dürfen, die vorher Ihre Zustimmung gefunden haben.

(Widerspruch bei der SPD – Saskia Esken [SPD]: Sie haben es hier vorgetragen! – Stephan Brandner [AfD]: Das sind Zufallsmehrheiten!)

Nein, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen genau das aus genau diesem Grund:

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das war doch Ihr Versprechen! – Britta Haßelmann [BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte, das war Ihr Wort!)

Wir sind es den Menschen in unserem Land und nicht zuletzt den Opfern der Gewalttaten der letzten Monate

(Stephan Brandner [AfD]: Jahre! Zehn Jahre!)

einfach schuldig, jetzt wirklich jeden Versuch zu unternehmen,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Warum haben Sie das nicht vorher gemacht?)

die illegale Migration zu begrenzen, die ausreisepflichtigen Asylbewerber in Gewahrsam zu nehmen und endlich abzuschieben, meine Damen und Herren. Wir sind es den Menschen schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Warum vier Wochen vor der Wahl?)

Ich bedauere, Herr Bundeskanzler, dass alle Versuche, mit Ihrer Koalition hier zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, in den letzten drei Jahren gescheitert sind.

(Dirk Wiese [SPD]: Sie sind doch vom Tisch aufgestanden!)

Es liegt in dieser Woche daher letztmalig in dieser Wahlperiode allein bei Ihnen, den Sozialdemokraten und den Grünen, ob es für unsere Vorschläge in der Mitte des Deutschen Bundestages noch eine parlamentarische Mehrheit gibt oder nicht.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie sind keine Mitte, Sie sind ganz unten, Herr Merz! – Saskia Esken [SPD]: Sie sind doch aufgestanden in den Verhandlungen!)

Es ist Ihre Entscheidung, meine Damen und Herren.

Wir haben – das sollte klar werden – mit der AfD im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Wir haben sie nicht.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Es müssen schon andere dazukommen. Es kann sein, dass die AfD hier im Deutschen Bundestag am Freitag erstmalig die Mehrheit für ein notwendiges Gesetz ermöglicht.

(Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Das ist Ihre Verantwortung! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihre Entscheidung, ganz allein Ihre Entscheidung! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Verantwortung!)

Die Bilder, die wir gegebenenfalls von jubelnden und feixenden AfD-Abgeordneten sehen werden, werden unerträglich sein, und der Gedanke daran bereitet mir schon jetzt größtes Unbehagen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie haben Ihre Anträge von uns abgeschrieben! – Stephan Brandner [AfD]: Zum Haareraufen bei Ihnen, oder?)

Aber, meine Damen und Herren, vor die Wahl gestellt, weiter ohnmächtig zuzusehen, wie die Menschen in unserem Land bedroht, verletzt und ermordet werden,

Friedrich Merz

(A) (Saskia Esken [SPD]: Hätten Sie verhandelt, Herr Merz!)

vor die Wahl gestellt, der rot-grünen Minderheit hier im Deutschen Bundestag weiterhin die Deutungs- und Entscheidungshoheit in der Asyl- und Einwanderungspolitik zu überlassen

(Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

oder jetzt aufrechten Ganges das zu tun, was unabweisbar in der Sache notwendig ist, vor diese Wahl gestellt, entscheide ich mich und entscheiden wir uns für diesen letztgenannten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos])

Ohne Zweifel, meine Damen und Herren: Die Demokratie ist in Gefahr,

(Christian Schreider [SPD]: Richtig, durch Sie! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn Radikale an die Macht kommen. Deshalb werden wir und deshalb werde ich alles tun, um genau das zu verhindern.

(Zuruf der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD] – Weiterer Zuruf von der SPD: Brandstifter!)

Die Vermutungen und die Spekulationen, die Sie, Herr Bundeskanzler, hier angestellt haben – Sie kennen mich gut genug –, sind niederträchtig, und sie sind infam.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich werde alles tun, um zu verhindern, dass es zu dem kommt, was Sie hier gerade gesagt haben.

(Zuruf von der SPD: Das glaubt Ihnen niemand mehr! – Saskia Esken [SPD]: Immer wieder sind Sie aufgestanden in den Verhandlungen! – Gegenruf des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU]: So ein Quatsch! Sie waren doch gar nicht dabei!)

Ich füge einen zweiten Satz hinzu, meine Damen und Herren: Die Demokratie gerät auch in Gefahr, wenn eine gesellschaftliche und politische Minderheit – und Sie, SPD und Grüne, sind eine kleiner werdende gesellschaftliche und politische Minderheit –

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Welche Arroganz!)

die Radikalen als Werkzeug benutzt, um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu ignorieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD und des Abg. Johannes Huber [fraktionslos] – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für ein Demokratieverständnis! Ich bin entsetzt!)

Deshalb lassen wir uns von Ihnen, von SPD und Grünen, nicht mehr sagen, was wir zu tun und was wir nicht zu tun haben. Auch Sie haben am Freitag die Wahl. Sie können

Ihre Entscheidung treffen. Und möglicherweise wird jetzt auch ohne Sie und in der Sache trotzdem richtig entschieden. (C)

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Gemeinsam mit den Rechten! – Beatrix von Storch [AfD]: In der Sache richtig! Darum geht es, Herr Merz!)

Um es deutlich zu sagen: Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen. Sie bleibt richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ziehen Sie von den Grünen und der SPD daraus nicht die falschen Rückschlüsse, auch wenn Sie jetzt in bewährter Weise versuchen werden, in diesem Wahlkampf – und es geht ja schon los – gegen mich persönlich auszuteilen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich kann das gut aushalten.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Ja, das merken wir!)

Selbst aus der Mitte dieser Bundesregierung wird zum wiederholten Mal von einem Ihrer Ressortminister, Herr Bundeskanzler, die Nazikeule gegen mich geschwungen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja, unmöglich! – Stephan Brandner [AfD]: Ist ja ganz was Schlimmes!)

Beim ersten Mal habe ich die Entschuldigung angenommen, beim zweiten Mal nicht mehr. An dieser Stelle ist jede Konversation beendet, Herr Lauterbach, um Ihnen das hier sehr klar und sehr deutlich zu sagen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich werde mich von diesen Angriffen nicht beirren lassen, und ich werde allen Versuchen, die Sie da unternehmen, entschieden widersprechen. Damit weiß ich mich einig mit der großen Mehrheit der Bevölkerung, übrigens auch mit der Mehrheit der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Absolut! – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein arroganter Vogel! Ehrlich!)

Stellen Sie sich eigentlich mal die Frage, warum Sie bei der Bundestagswahl im Jahr 2025 im Ruhrgebiet und in Nordhessen Wahlkreise an die AfD verlieren werden? Stellen Sie sich hin wieder mal die Frage, warum das so ist, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Egal was Sie tun, ich will es nur noch einmal sagen: Ich werde nach der Bundestagswahl alles dafür tun,

(Stephan Brandner [AfD]: Sagen Sie was zu den Wahlkreisen in Thüringen oder in Sachsen!)

dass wir nie wieder in eine solche Lage kommen, wie wir sie heute zu meinem allergrößten Bedauern hier im Deutschen Bundestag diskutieren müssen.

Friedrich Merz

(A) Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU –
Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Bundesregierung der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD – Stephan
Brandner [AfD]: Und jetzt zum Klimaschutz!
Da bin ich ganz gespannt!)

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft
und Klimaschutz:

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen
und Herren! Politische Schicksalstage erkennt man meis-
tens im Nachhinein. Erst im Rückblick der Geschichte
wird manchmal deutlich, welche Debatten und welche
Entscheidungen zu welchen Konsequenzen geführt ha-
ben.

(Beatrix von Storch [AfD]: Wahlkampffotos in
Auschwitz zum Beispiel!)

Das gilt nicht für diese Debatte. Das gilt nicht für diese
Woche. Das gilt nicht für diese Tage.

Ich glaube, jeder spürt es hier im Plenarsaal des Deut-
schen Bundestages und in den Debatten auf der Straße,

(Stephan Brandner [AfD]: Und am Küchen-
tisch!)

(B)

dass wir hier nicht irgendeine Sachfrage entscheiden oder
diskutieren, sondern die grundsätzliche Ausrichtung der
Politik, der politischen Kultur, dass das, was wir demo-
kratische Mitte in Deutschland nennen,

(Stephan Brandner [AfD]: Aber nur Sie!)

hier infrage steht, verhandelt und abgestimmt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, weil das so ist, muss
man genau hinhören, welche Worte gesagt werden. Und
ich werde darauf nachher noch mal im Gang der Argu-
mentation zurückkommen.

Lieber Herr Merz, ich glaube Ihnen die Betroffenheit,
das Engagement und den Einsatz für Sicherheit in
Deutschland. Aber auch der Bundeskanzler steht nicht
über Recht und Gesetz in Deutschland und muss sich an
Recht halten.

(Stephan Brandner [AfD]: Außer bei Cum-ex!)

Auch das Ausweichen auf das Gewissen entbindet nicht
von politischer Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich sage das mit Respekt vor jedem, der sagt: Das ist
für mich eine Gewissensentscheidung. – Aber das ist für
uns im parlamentarischen Raum der Grund, warum nicht
weiter diskutiert wird, weil Menschen zu bestimmten
Einstellungen zu Leib und Leben eine so fundamentale

moralische Position haben, dass sie sich jeder politischen (C)
Argumentation entzieht. Und das respektiere ich natür-
lich. Aber es heißt auch, dass für sie dann das Argument
der politischen Analyse an der Stelle nicht mehr gilt. Und
das kann ich für mich nicht akzeptieren, weil die Ent-
scheidungen hier so gewichtig sind.

(Stephan Brandner [AfD]: Das interessiert aber
niemanden, Herr Habeck, was Sie da akzeptie-
ren oder nicht!)

Deswegen nehme ich es zur Kenntnis, aber damit ent-
ziehen Sie Ihre Argumente der politischen Debatte. Und
das halte ich für falsch an dieser Stelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will drittens sagen, dass das Argument, das so
nebenbei vorgetragen wurde mit Blick auf die noch re-
gierungstragenden Fraktionen – dass das eine politische
Minderheit ist –,

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist die harte
Wahrheit!)

befürchte ich, uns an irgendeiner Stelle demnächst wieder
begegnen wird mit der Begründung, dass die politische
Mehrheit der Bevölkerung dann auch in der Regierung
abgebildet wird. Ich will nicht zu Verschwörungstheorien
neigen

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ach!)

und greifen. Aber dieses Argument, das ich in verschie-
denen Formulierungen in den letzten Tagen und Wochen
auch aus den Reihen der CDU immer wieder gehört habe, (D)
dass jetzt Mehrheit wird, was die Mehrheit im Volk ist,
das schließt die AfD mit ein, sehr geehrte Damen und
Herren. Das schließt die AfD mit ein!

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Natürlich! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Ich will das alles nicht wirklich glauben. Ja, aber das ist
der eigentliche Punkt der Debatte.

Dass wir unterschiedliche Auffassungen haben bei po-
litischen Inhalten, ist ja jetzt kein Wunder. Das, was hier
heute diskutiert wird, ist: Stimmt die Union – und die
FDP – mit der AfD in so einer entscheidenden und wich-
tigen Frage gemeinsam ab, und wird sie am Freitag ge-
meinsam abstimmen? Und wenn sie in dieser so wichti-
gen Frage mit der AfD gemeinsam abstimmt: Bei welcher
Frage soll sie denn dann bitte nicht mehr mit der AfD
gemeinsam abstimmen?

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und bei der SPD – Beatrix von
Storch [AfD]: Das ist richtig!)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sicherheit ist die
Bedingung für Freiheit. Und jenseits von unserer Debatte
hier müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Sicherheit
bedroht wird, dass es hinter den verschiedenen Mord-
anschlägen von Mannheim, von Solingen, von Magde-
burg, von Aschaffenburg möglicherweise Muster gibt,

(Stephan Brandner [AfD]: Ach! Welche denn?
Klären Sie uns mal auf! – Beatrix von Storch
[AfD]: Es sind immer Männer!)

Bundesminister Dr. Robert Habeck

- (A) Muster, die erkannt werden und dann auch geahndet werden müssen.

Ein kleiner Junge marokkanischer Herkunft und ein deutscher Familienvater, der sich in den Weg gestellt hat, sind erstochen worden. Ein syrisches Mädchen und ein deutscher Rentner sind schwer verletzt worden. Wir müssen also – ich gehe gleich darauf ein – die Frage der Erhöhung der Sicherheit wieder und wieder aufrufen. Bei alledem, was in der Vergangenheit getan wurde

(Stephan Brandner [AfD]: Sie sollen Antworten geben, Herr Habeck, keine Fragen aufrufen!)

– ich gebe Ihnen gleich Antworten –, müssen wir das tun.

Aber diese Schicksalstage fragen nicht nur danach, was wir tun oder mit wem wir es möglicherweise tun, sondern auch, wie wir die Debatte führen. Und wie muss in den Ohren der Eltern des erstochenen marokkanischen Jungen, wie muss in den Ohren der Eltern des syrischen Mädchens oder wie muss in den Ohren der Pflegerin, die nach Magdeburg eingegriffen hat, die Verletzte betreut hat und danach rassistisch beleidigt und geschlagen wurde, diese Remigrations- und Rassismus-sprache der AfD klingen? Auch diese Menschen haben Ohren und hören, was passiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der Linken)

Herr Merz und FDP, stimmen Sie in dieser entscheidenden Frage nicht mit denen ab, die Rassismus zum

- (B) Programm machen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Beatrix von Storch [AfD]: Jetzt hören Sie auf zu heulen!)

Es entkräftet alle Ihre Argumente, wenn Sie an dieser Stelle mit Rassisten gemeinsam abstimmen.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Es ist nicht nötig,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Was ist denn eure Schlussfolgerung?)

und es ist auch geboten, es nicht zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was wir tun sollten, sehr geehrte Damen und Herren, ist tatsächlich: in der Umsetzung stärker und schärfer werden. Das schließt natürlich auch gesetzliche Änderungen mit ein.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Welche?)

Lassen Sie mich kurz mit ein paar Punkten beginnen – die Liste ist natürlich nicht abschließend –:

Wir haben in Deutschland 170 000 nicht vollstreckte Haftbefehle – 37 000 davon in Bayern, 14 000 davon sind gegenüber Gewalttätern oder Straftätern, die Gewaltverbrechen begangen haben. Eine Vollstreckungsoffensive würde das Land sofort sicherer machen. Es ist bisher nicht gelungen, diese Umsetzung zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Wie denn? Mit wem denn? – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Sie machen doch dauernd Demonstrationen gegen Abschiebungen! Eine Demo nach der nächsten von den Grünen! – Stephan Brandner [AfD]: Sie hatten drei Jahre Zeit!)

Nichtdeutsche Gefährder sollten zügig und prioritär abgeschoben werden, und die deutschen Gefährder sollten engmaschig überwacht werden. Dass die Behörden eine Kooperationspflicht bekommen, dass sie also miteinander ihre Daten austauschen müssen, scheint mir nach Magdeburg dringend geboten zu sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir die Gefährderpotenziale früher erkennen, dass wir also psychische Profile erstellen, wenn wir bei den Menschen, die zu uns kommen, Gesundheitstests machen, ist ebenfalls eine naheliegende Konsequenz, die die Gewerkschaft der Polizei vorgeschlagen hat. Dass wir dem Sicherheitspaket, wie es vorliegt, zustimmen sollten, hat der Bundeskanzler bereits gesagt. Die automatisierte Datenanalyse und der biometrische Abgleich wären dann schneller möglich.

Dass wir Europarecht umsetzen müssen, Europarecht durchsetzen müssen, ist ebenfalls richtig. Das gilt gegenüber den Dublin-Ländern, die dann die Menschen, die zu uns gekommen sind, aufnehmen müssen. Es gilt, GEAS aufzusetzen und dann zu verabschieden. Und es gilt auch, dass wir außerhalb von Europa Migrationsabkommen schließen, um die Menschen wieder in ihre Heimatländer zurückzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben also eine Reihe von Dingen zu tun, die dann auch getan werden müssen. Aber: Europarecht umsetzen, diese Forderung kann man nur erheben, wenn man sich an Europarecht hält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Man kann es auch ändern!)

Wenn man das Europarecht zerstört, dann wird man dort keine Alliierten mehr finden.

Ich sage dies in dieser Woche noch einmal – ich habe es wiederholt gesagt – mit großer Dringlichkeit: Wir sind nicht alleine auf der Welt. Während wir hier diesen Bundestagswahlkampf und diese Debatte führen, warten die anderen nicht auf uns. Und man darf unterstellen, dass es die US-Administration mit Donald Trump, China und erst recht natürlich Russland nicht gut mit Europa meinen. Spätestens, wenn es um Zölle geht, wird Deutschland darauf angewiesen sein, dass es eine europäische Solidarität gibt; denn wir werden ja die Hauptbetroffenen sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Dr. Robert Habeck

- (A) Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Solidarität bedeutet, dass wir uns miteinander abstimmen und nicht Wildwest aus Deutschland heraus nach Europa bringen.

Wo wir beim Abstimmen sind: Lieber Herr Merz, Sie kritisieren manchmal den Bundeskanzler dafür, dass er zu wenig mit seinen Partnern redet. Das ist gar nicht der Punkt der Debatte: Aber haben Sie eigentlich mal mit Ihren Parteifreunden in der Regierung geredet,

(Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

mit den Österreichern, mit den Griechen? Als ich mit ihnen geredet habe, haben sie gesagt: Macht es bloß nicht!

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Sie waren ja noch nie in Brüssel, Herr Habeck!)

Damit bin ich bei dem Hauptpunkt dieser Debatte. Herr Merz, Sie haben gesagt, Sie gucken jetzt nicht mehr links und rechts, Sie gucken nur noch geradeaus.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Genau so!)

Unabhängig davon, dass man, glaube ich, in einem Auto, wo der Fahrer nicht mehr rechts und links guckt, nicht gerne Beifahrer sein möchte,

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Oijoi!)

weise ich darauf hin, dass Sie zumindest in den Rückspiegel gucken und sich umdrehen sollten. Ein kleiner Schulterblick würde an dieser Stelle wahrscheinlich schon helfen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Deswegen: Auch wenn Sie es eben gerade einkassiert haben mit Verweis auf Ihr Gewissen, was ja – ich sagte es schon – immer bedeutet, dass man die politische Debatte nicht mehr weiterführen will –

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Natürlich! Wer sagt das denn?)

eine Gewissensentscheidung ist ja der politischen Argumentation entzogen –, möchte ich diesen Schulterblick mit Ihnen einmal wagen; denn es war weise gesprochen.

Sie haben hier im Deutschen Bundestag gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –, dass

„weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung“

– so Herr Merz weiter –

„möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen ... Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen ...“

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Das haben Sie hier im Deutschen Bundestag gesagt, und es ist richtig gesprochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (C)

Sie sagten ebenfalls, dass die AfD wie eine Natter ist, die sich um den Hals der Union legt.

(Stephan Brandner [AfD]: Was?)

Ich glaube, es ist eher eine Viper, eine Giftschlange: Das Gift träufelt langsam ein.

In der Sache allerdings – und das ist das, was hier zur Abstimmung steht; deswegen mag es kein Zufall sein, dass Sie diese Mehrheit nur mit der AfD bekommen –

(Zuruf des Abg. Jürgen Braun [AfD])

folgen Sie einer Logik, die Recht brechen will, um Recht zu verändern: das Europarecht und das deutsche Grundgesetz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir als potenzielle Regierung oder als Deutscher Bundestag aber so mit dem Rechtsstaat umgehen, dass wir Recht brechen, um Recht zu verändern, dann stellen wir uns über den Rechtsstaat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Das ist doch falsch, was Sie erzählen!)

Das sage ich für meine Fraktion, das sage ich für mich persönlich. Das ist der steile Weg in den Abgrund. Diesen Weg sollten wir nicht gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Liebe FDP, ich möchte ein Zitat von Marco Buschmann vorlesen, den ich persönlich und als Kollegen immer sehr geschätzt habe. Wir hatten diese Debatte ja schon einmal. Lieber Marco Buschmann, ich darf zitieren, was Sie damals öffentlich gesagt haben. Sie haben gesagt, persönlich-politisch hätten Sie eine Vorliebe für das, was die Union jetzt zur Abstimmung stellt. Aber Sie sagten dann – Zitat des ehemaligen Justizministers –:

„Rechtlich haben deutsche Gerichte aber seit 2019 immer wieder entschieden, dass das nicht zulässig sei. ... Daher halte ich eine völker- und europarechtliche Änderung der Rechtslage für zwingend.“

Darüber kann man in der Sache streiten, aber die Position ist ja richtig. Sie als FDP können doch heute nicht – wenn Ihr ehemaliger Justizminister sagt, dass die Gerichte schon dagegen geurteilt haben – sich über die Gerichtsentscheidungen wissentlich hinwegsetzen. Das ist doch nicht richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Christian Dürr [FDP]: Haben Sie das Zitat verstanden, Herr Habeck?)

Sehr geehrte Damen und Herren, Schicksalstage erkennt man manchmal erst im Rückblick.

(Stephan Brandner [AfD]: Das sagten Sie schon! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Das haben Sie schon gesagt!)

Dies ist so ein Schicksalstag heute,

Bundesminister Dr. Robert Habeck

- (A) (Dorothee Bär [CDU/CSU]: Er hat doch gerade gesagt, es ist keiner, am Anfang der Rede! – Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

und ich hatte gehofft, dass ich das noch einmal begründen kann.

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie können ja zustimmen!)

Heute steht mehr zur Debatte als eine Sachentscheidung. Heute steht zum ersten Mal an,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: ... das Ende der links-grünen Dominanz in Deutschland! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nein, es geht nur um Sachentscheidungen! Nur um Sachentscheidungen!)

ob aus der parlamentarischen Mitte heraus ein Bruch mit der Tradition dieser Republik passiert, weil Union und möglicherweise FDP unnötigerweise und

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: ... weil die Grünen feige sind!)

aus meiner Sicht falsch argumentierend ein Bündnis mit den Rechtspopulisten hier im Parlament eingehen.

(Zuruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

Sie können doch nicht mit den Russlandfreunden und den Europaverächtern einen Europarechtsbruch durchführen. Ich bitte Sie noch einmal herzlich, das heute nicht zu tun.

- (B) (Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie verhindern alles, was notwendig ist! Alles! Ihre Partei! – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die FDP-Fraktion Christian Lindner.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte heute hat eine große Bedeutung, wie verschiedentlich schon gesagt worden ist. Diese Debatte entscheidet aber nicht über unsere politische Kultur.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Über unsere politische Kultur entscheidet der Umgang mit dem Thema dieser Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Der Bundeskanzler hat über Europa gesprochen. Der Bundeskanzler hat den Blick nach Österreich gerichtet, wo jetzt eine blau-schwarze Koalition gebildet wird.

(Stephan Brandner [AfD]: Das hört sich nicht schlecht an!)

Das darf es in Deutschland niemals geben; denn dadurch droht der Charakter der Demokratie selbst sich zu verändern:

- (C) (Beatrix von Storch [AfD]: Genau, Österreich ist ja jetzt keine Demokratie mehr, nicht wahr? Ist jetzt eine Diktatur!)

von einer liberalen zu einer autoritären Demokratie.

(Beifall bei der FDP)

Aber wenn wir den Blick auf Europa richten, dann nicht nur nach Süden, sondern auch nach Norden. Der Bundeskanzler hat doch gestern die dänische Ministerpräsidentin empfangen, eine sozialdemokratische Parteifreundin. Unsere Nachbarn verfolgen dort eine konsequente Politik der Steuerung und Begrenzung von Migration.

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist vernünftig! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 67 Kilometer Grenze! Möchte Herr Lindner das vergleichen mit Deutschland?)

Dennoch würde niemand bezweifeln, dass unsere Nachbarn ein liberales und weltoffenes Land sind. Dort regieren nicht Rechtspopulisten, Herr Bundeskanzler, dort regiert eine sozialliberale Regierung. Die dänischen Sozialdemokraten haben eine Wahl nach der anderen an die Rechten verloren, und dann haben sie sich auf ihre Wähler zubewegt – mit Erfolg. Die Migrationsfrage spaltet die dänische Gesellschaft nicht mehr, und die Rechten sind dort an der Stelle, wo sie hingehören, nämlich ganz am Rand.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Messermord von Aschaffenburg hat uns alle tief erschüttert. Ein kleiner Junge wurde aus dem Leben gerissen.

(Stephan Brandner [AfD]: Er wurde ermordet!)

Und ein Mann wurde erstochen, weil er heldenhaft zu Hilfe geeilt ist. Aschaffenburg reiht sich leider ein in eine Reihe von entsetzlichen Ereignissen, und zu oft gibt es ein Muster aus Herkunft, früherer Auffälligkeit und nicht vollzogener Ausreisepflicht.

(Tino Chrupalla [AfD]: Guck an! – Beatrix von Storch [AfD]: Nein! Ganz neue Erkenntnis! – Stephan Brandner [AfD]: Was Sie alles wissen!)

Der Bundeskanzler hat im Herbst 2023 angekündigt, dass im großen Stil abgeschoben werde. Dem ist zu wenig gefolgt. Aschaffenburg ist eine Form des Staatsversagens, für das die Innenministerin der SPD in besonderer Weise die politische Verantwortung trägt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen überdehnten Staatsapparat,

(Tino Chrupalla [AfD]: Den haben Sie ja selber eingerichtet!)

der einerseits das Leben der Menschen bis ins Detail bürokratisiert und erwachsene Bürger bevormundet. Auf der anderen Seite aber haben wir einen Staat, der bei seiner wesentlichen Aufgabe zu oft versagt, nämlich für Sicherheit zu sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger

Christian Lindner

- (A) haben das Recht auf einen Staat, der ihnen im Alltag nicht im Weg steht, der sie aber bei den großen Fragen nicht länger im Stich lässt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Seit den Entscheidungen von Frau Merkel 2015 mit einer CDU/CSU-geführten Regierung vor fast einem Jahrzehnt hat sich unser Land verändert.

(Stephan Brandner [AfD]: Frau Göring-Eckardt freut sich darauf!)

Das Gefühl, sicher in unserem Land aufgehoben zu sein, ist vielfach verloren gegangen. Die Migration in unseren Sozialstaat beansprucht Milliarden Euro Steuergeld jedes Jahr – Mittel, die für Bildung, Infrastruktur, Bundeswehr oder Steuerentlastungen fehlen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Hat die FDP allem zugestimmt!)

Wir haben eingewanderten Antisemitismus. Und die liberalen Werte unseres Landes und unser Rechtsstaat werden offen verhöhnt wie in der Silvesternacht. Gerade die gut integrierten Einwanderer spüren, wie sich das Klima in unserem Land verändert. Die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland – egal ob eingewandert oder hier schon seit Generationen zu Hause – sagt: Es reicht!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Es ist – das lehrt der Vergleich mit Dänemark und Österreich – im Interesse der Stabilität unserer Demokratie, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu respektieren. Denn wenn die Demokratie hier nicht liefert, dann suchen sich die Menschen im Zweifel eine autoritäre Alternative zur Demokratie. Und dazu darf es nicht kommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Durch die Politik früherer Bundesregierungen haben wir es viel zu lange denjenigen schwer gemacht, zu kommen, die wir dringend im Arbeitsmarkt brauchen.

(Stephan Brandner [AfD]: Die Ampel zum Beispiel, da waren Sie doch dabei!)

Und viel zu lange haben wir es denjenigen leicht gemacht, zu bleiben, die irregulär und illegal in unseren Sozialstaat eingewandert sind. Umgekehrt ist es richtig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es konnten in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erreicht werden: vom Fachkräfteeinwanderungsgesetz über mehr sichere Herkunftsländer zu längerem Abschiebebewahrsam, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind reduziert worden und Weiteres mehr. Und dennoch sind wir nicht dort, wo wir sein müssten. Zum Beispiel hat der Bundeskanzler am 6. Juni 2024 angekündigt, dass die Bestimmungen für die Abschiebung verschärft werden sollen. Am 24. Juni 2024 hat das Bundeskabinett eine entsprechende Formulie-

rungshilfe beschlossen. Sie wurde niemals vom Deutschen Bundestag beschlossen, wegen des Widerstands der Grünen. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

Beispielsweise hat die Innenministerin am 10. September des vergangenen Jahres angekündigt, dass sie modellhaft eine Form der Zurückweisung an den deutschen Grenzen erproben wolle. Dazu ist es nie gekommen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Rot-Grün hält sich nicht einmal an die eigenen Ankündigungen.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Wenn auf Ankündigungen aber keine Taten folgen, dann beschädigt das die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben als Freie Demokraten hier einen Antrag vorgelegt, der europarechtlich und verfassungsrechtlich im Detail geprüft ist und der viele weiter gehende Maßnahmen enthält, die wir brauchen. Beispielsweise sind Drittstaatenverfahren nötig, um Asylbegehren außerhalb der Europäischen Union zu prüfen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Leider ist dies de facto nicht möglich, weil auf Verlangen der Grünen ein sogenanntes Verbindungselement in das Europäische Asylsystem aufgenommen werden musste. Für eine Änderung gäbe es eine Mehrheit in der EU, wenn Deutschland zustimmen würde. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in den vergangenen drei Jahren 1 Milliarde Euro Entwicklungshilfe an Afghanistan gezahlt. Partnerschaft basiert auf Gegenseitigkeit. Solche Hilfe sollte nur gezahlt werden, wenn die Empfänger Verantwortung für ihre Staatsangehörigen übernehmen.

Ausreisezentren an Flughäfen, mehr Abschiebehaftplätze, Reduzierung von Geldzahlungen, Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige: Wir müssen all das unternehmen, was wir brauchen, um Konsequenz und Kontrolle zurückzugewinnen, damit wir die Weltoffenheit und Toleranz unseres Landes verteidigen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Solche Maßnahmen sind in der Ampelkoalition zu oft an der SPD und vor allen Dingen den Grünen gescheitert. Wenn zum Beispiel Frau Göring-Eckardt sagt, Migration habe – so wörtlich – mit dem „Alltag der Menschen verdammt wenig zu tun“,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wahnsinn!)

oder wenn Frau Kollegin Esken sagt, man solle nicht so viel über Migration reden, dann zeigt das den Grund, warum wir nicht zu mehr Konsequenz gefunden haben:

(Saskia Esken [SPD]: Haben wir doch! Haben wir!)

Christian Lindner

- (A) Es ist ein Realitätsverlust. Solche Äußerungen sind ein Konjunkturprogramm für die AfD.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Kinder, die morgens auf dem Weg zur Schule überlegen, welchen Weg sie wählen, um nicht abgezogen zu werden, wissen es besser. Senioren, die abends nicht mehr auf dem Bahnsteig sein wollen, wissen es besser.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist bloß aus der FDP geworden?)

Eltern, die die Teenagertochter abends nicht mehr alleine in die Stadt gehen lassen, wissen es besser. Diese Form der Selbstzensur des eigenen Handelns, weil man sich nicht mehr sicher fühlt, ist die schlimmste Form der Freiheitseinschränkung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Wir brauchen wieder einen Rechtsstaat, der zu jeder Zeit und an jedem Ort die öffentliche Ordnung garantiert.

Solange die politische Linke unter Realitätsverlust leidet, werden sich die Menschen dagegen wehren. Die Grünen haben am Wochenende sogar noch die Erleichterung des Familiennachzugs beschlossen. Die Grünen wollen weiter Aufnahmeprogramme. Die Grünen haben im Europäischen Parlament die Asylreform GEAS abgelehnt. Auf Druck der Grünen finanziert der deutsche Steuerzahler Organisationen, die Schlepperkriminalität im Mittelmeer erleichtern.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wahnsinn!)

- (B) So gut wie alles, was in der früheren Ampel erreicht wurde, musste gegen die Grünen durchgesetzt werden.

(Christian Dürr [FDP]: So war das!)

Diese Politik steht gegen die Mehrheit unserer Gesellschaft. Die Grünen sind damit ein Steigbügelhalter der AfD.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Pfui Deibel! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Freitag, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU zustimmen. Das fällt uns leicht; denn wir haben keine Rücksicht mehr zu nehmen auf frühere Koalitionspartner. Beispielsweise die Aussetzung des Familiennachzugs ist eine langjährige Forderung meiner Fraktion. Schon während der gescheiterten Sondierungen über eine Jamaika-Koalition 2017 war dies unsere Forderung.

Auch dem heutigen Antrag der Fraktion der CDU/CSU werden wir zustimmen; aber wir haben uns damit schwergetan.

(Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

Denn er enthält Unschärfen und Auslassungen. Die Freien Demokraten stimmen dennoch zu, um eine wichtige politische Botschaft zu senden: Kontrolle und Begrenzung der Einwanderung nach Deutschland ist ein Anliegen der politischen Mitte. Wir dürfen es nicht den Rändern überlassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was ist nur aus der FDP geworden?)

(C)

Aus der heutigen Abstimmung wollen SPD und Grüne einen Dammbbruch machen. Freie Demokraten werden niemals einer antiliberalen und wirtschaftsfeindlichen Partei wie der AfD die Hand reichen.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Macht ihr doch! – Zuruf des Abg. Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wir lassen uns von der Unterstützung einer richtigen Botschaft nicht dadurch ablenken, dass die AfD auch zustimmt; sonst hätte die AfD Macht über uns. Sie entlarvt ja ihren Zynismus dadurch, dass sie einem Antrag zustimmt, in dem sie selbst politisch verurteilt wird.

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem ist nicht, dass die AfD diesem Antrag zustimmt. Das Problem ist, dass Sozialdemokraten und Grüne es nicht tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Immerhin haben die Bürgerinnen und Bürger damit Klarheit, wer wo steht. Mit Ihnen gibt es keinen Richtungswechsel in der Migrationspolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat jemand seinen Wertekompass verloren!)

(D)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Lars Klingbeil.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lars Klingbeil (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein bedeutender Tag im Parlament. Ich will für mich persönlich sagen: ein Tag, der aufwühlt. Wir haben heute Mittag an die schrecklichen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und des Naziregimes erinnert und der Opfer des Holocausts gedacht. Wir haben heute Nachmittag die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum brutalen und feigen Mord am zweijährigen Yannis in Aschaffenburg gehört – ein Mord, der uns alle erschüttert hat. Wenn ich in der aufgewühlten Situation eine Bitte an alle demokratischen Parteien formulieren darf: Wir sollten uns nicht gegenseitig unterstellen, dass uns diese Tat nicht bis heute aufwühlt, erschüttert und tief betroffen macht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Wer tut das denn?)

Dieser Mord muss zu ernsthaften Konsequenzen führen. Es muss schnell aufgeklärt werden, wo und wieso Behörden versagt haben.

Lars Klingbeil

(A) Ich will aber für uns, für mich hier deutlich formulieren: Ich hätte mir gewünscht, dass die Debatte heute im Parlament ein Moment des Zusammenrückens wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der AfD)

– Ehrlicherweise spricht die Reaktion von Union und AfD Bände.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Viele Menschen in diesem Land wünschen sich, dass die demokratische Mitte zusammenhält. Viele Menschen in diesem Land wünschen sich Stabilität und eine starke demokratische Mitte, sie wünschen sich, dass die demokratischen Parteien zusammen Lösungen finden,

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Dann tun Sie es endlich!)

auch wenn es herausfordernde Zeiten sind, auch wenn Wahlkampf ist. Das ist doch der Wunsch der Menschen in diesem Land:

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Ihr wollt doch gar keine Lösung!)

ein kraftvolles Signal, dass wir uns als demokratische Mitte nicht spalten lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Da gehören Sie schon lange nicht mehr dazu! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Sie spalten die ganze Zeit! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Scholz spaltet!)

(B)

Herr Merz, um es klar zu benennen: Es ist Ihre bewusste Entscheidung, heute, an diesem Tag, die demokratische Mitte hier im Parlament zu spalten

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist eine Unterstellung!)

und in Kauf zu nehmen, dass Sie erstmals mit der AfD gemeinsame Sache machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie heute und am Freitag vorhaben, ist eine tektonische Veränderung des Miteinanders hier im Parlament. Das ist eine massive Veränderung der politischen Landschaft.

(Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst!)

Sie persönlich, Herr Merz, tragen dafür Verantwortung, was heute und am Freitag passiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Sie begehen einen historischen Fehler.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schauen Sie mal nach Amerika!)

Sie brechen mit der Politik von Helmut Kohl und Angela Merkel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, ist kein Zeichen von Stärke. Das ist Schwäche. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stärke wäre gewesen, ernsthaft nach einem demokratischen Miteinander zu suchen, Mehrheiten zu suchen, Erklärungen und Kompromisse zu finden hier im Parlament.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Drei Jahre! – Gegenruf der Abg. Saskia Esken [SPD]: Sie sind doch aufgestanden und weggegangen!)

Aber – um mit allen Legenden aufzuräumen, die ich in den letzten Tagen hören musste – die Union hat die Gespräche abgebrochen. Die Union ist vom Tisch aufgestanden. Die Union hat Entscheidungen blockiert. Die Union hat nicht die Kraft gehabt, hier gemeinsame Kompromisse zu finden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Weil Sie sich nicht bewegen wollten! Völlige Verweigerung bei Ihnen! Das war das Problem!)

Und – das will ich sagen – das gilt auch für die Anträge heute und den Gesetzentwurf am Freitag: kein Anruf, kein Versuch, etwas zusammen hinzubekommen. Es gab eine Pressekonferenz mit starken Worten und eine E-Mail, aber keinen Versuch.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Alles abgesetzt!)

(D)

Stattdessen das Signal an die AfD: Notfalls machen wir es mit euch. – Das ist nicht konservativ. Das ist nicht bürgerlich. Das ist unanständig, Herr Merz, was Sie hier in diesen Tagen aufführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist unverschämt, was Sie hier bieten! Meine Güte!)

Es gab zwischen den Fraktionen der Mitte die Absprache, dass nur noch Anträge durch dieses Parlament gehen, die in der demokratischen Mitte hier im Parlament eine Mehrheit haben. Sie brechen hier Wort, und Sie stoßen die Tür zur AfD auf. Und, Herr Merz: Wer in diesem Land soll Ihnen künftig eigentlich noch glauben, wenn Sie sich hart von der AfD abgrenzen? Wer soll Ihnen noch glauben?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wollen Sie wirklich als der CDU-Vorsitzende in die Geschichtsbücher eingehen, der in der deutschen Nachkriegsgeschichte der erste ist, der die Türen zur AfD aufstößt,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

zu einer Partei, in der Höcke, Weidel, Krahn und andere Rechtsextreme das Sagen haben? Mit denen wollen Sie ab heute Politik machen? Herr Merz, stoppen Sie diesen Weg. Es ist nicht zu spät.

Lars Klingbeil

(A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Und dann: Zur Sache muss man ja auch sagen, Sie legen hier Vorschläge auf den Tisch, die rechtswidrig sind – gegen das Grundgesetz, gegen das Europarecht, gegen das Völkerrecht.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Welche denn?
Sagen Sie doch mal, welche!)

Was ist denn unsere Freiheit, unsere Demokratie wert, wenn wir uns nicht an diese Grundsätze halten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind bereit, mit Ihren Anträgen zentrale Grundsätze unseres Landes über den Haufen zu werfen, um vielleicht ein paar Prozentpunkte mehr bei der Bundestagswahl zu bekommen. Das sind doch Grundsätze, die wir seit 1949 hier zusammen hochhalten. Und ich frage Sie: Ist es das wirklich wert?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und diese Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, richte ich an alle in der Union. Ich kenne viele von Ihnen aus den letzten Jahren und aus der Zusammenarbeit. Ich kenne viele, und ich schätze viele. Und ich weiß, da sind ordentliche Konservative, die nichts gemein haben wollen mit den Rechtsextremen hier im Parlament. Aber Sie sagen kein Wort. Sie sitzen da und schweigen und nehmen das alles hin.

(B) (Thorsten Frei [CDU/CSU]: Nein!)

Und gucken Sie doch, wer sich alles äußert. Die Kirchen, die Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft. Unternehmerinnen und Unternehmer sagen: Hört auf, mit dem Feuer zu spielen. – Daniel Günther hat heute im Parlament in Schleswig-Holstein dafür geworben, dass es eine Mehrheit, ein Bündnis der Demokratinnen und Demokraten gibt, dass nicht mit der AfD zusammengearbeitet wird. Das ist doch die Wahrheit. Hören Sie auf diese Leute, die an Sie als Bundestagsfraktion appellieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]:
Sie sind verantwortlich für die Situation, in
der wir sind!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine verständliche Wut über die brutalen Morde und die Gewalttaten. Wir brauchen konsequente Antworten; ich bin da klar.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Über Ihre Poli-
tik!)

Wir haben Vorschläge auf den Tisch gelegt. Ich sage hier aber auch in aller Deutlichkeit: Diese Wut darf nicht zur Enthemmung und zur Radikalisierung führen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um Recht und Ordnung, und ich hoffe, wir sind uns da einig. Wir haben in der Migrationspolitik vieles verändert. Die Zahlen gehen runter. Die Rückführungen

werden mehr. Wir haben die Kontrollen an den Grenzen. (C)
Und ich bin hier auch sehr klar: Die nächste Regierung muss weitere Schritte gehen.

Es mag ja so sein, dass „Ausländer raus!“ oder „Keine Ausländer mehr rein!“ gerade wieder salonfähig in Deutschland wird und einige, die hier sitzen, versuchen, damit Wahlen zu gewinnen. Aber für die SPD sage ich als Vorsitzender sehr klar: Wir werden die Probleme dieses Landes lösen. Aber Feindseligkeiten gegenüber Menschen, die in dieses Land gekommen sind, die ihre neue Heimat hier gefunden haben, die unsere neuen Nachbarn, unsere Freunde, unsere Arbeitskollegen, unsere Kumpels im Fußballverein geworden sind, werden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Klingbeil, Sie kommen zum Ende, bitte.

Lars Klingbeil (SPD):

Ein letzter Satz. Auch diese Menschen gucken heute auf das, was hier im Parlament passiert, ob es den Tabubruch gibt und erstmals mit einer ausländerfeindlichen Partei Mehrheiten gefunden werden. Dieser Weg ist falsch. Und ich fordere die Union auf: Kehren Sie um! Lassen Sie ab von diesem Weg!

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Klingbeil.

(D)

Lars Klingbeil (SPD):

Herr Merz, ein persönlicher Hinweis: Bedenken Sie das Ende!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die AfD hat Dr. Alice Weidel das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alice Weidel (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Scholz, Sie haben eine ungeheuerliche Rede gehalten. Das ist Demokratie ohne Volk. Das ist Demokratie ohne Wähler. Wer so autoritär denkt, sollte nicht Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert
Farle [fraktionslos])

Ihre rot-grüne Restregierung auf Abruf ist ein Konzentrat all jener negativen Kräfte, die unser Land zugrunde richten. Das auf die Spitze getriebene Migrationschaos, das Sie zu verantworten haben, übertrifft noch die katastrophalen Auswirkungen der willkürlichen Aufgabe der Kontrolle über unsere Grenzen durch die frühere CDU-Kanzlerin Angela Merkel. Dieser politisch gewollte Kon-

Dr. Alice Weidel

- (A) trollverlust kostet Menschenleben und hinterlässt verletzte, geschundene, traumatisierte Körper und Seelen Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat, nunmehr seit zehn Jahren.

Die extremistischen Fanatiker der schrankenlosen Migration kümmert es nicht, dass die Opfer dieser kriminellen Politik leiden und die Angehörigen weinen: in Aschaffenburg, in Magdeburg, in Solingen, in Mannheim und in unzähligen anderen Orten in West und Ost, Nord und Süd, Stadt und Land.

Sie veranstalten geschmacklose Kundgebungen gegen rechts auf dem Rücken der Opfer, und grüne Spitzenfunktionäre feiern sich dabei noch mit grinsenden, selbstgefälligen Fotos. Wo waren eigentlich Ihre Demos gegen die Messerattentäter? Wo war Ihr Gedenken an die Opfer?

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Johannes Huber [fraktionslos] – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die AfD Hildesheim habe ich schon angezeigt!)

Was für ein Hohn für die Menschen dieses Landes, für einheimische Bürger ebenso wie für rechtstreue und gut integrierte eingebürgerte Deutsche mit Migrationshintergrund, die von der Politik vor allem eins erwarten: die illegale Migration und Rechtlosigkeit beenden, Straftäter und rechtswidrig ins Land Gekommene abschieben, Sicherheit im öffentlichen Raum wiederherstellen, schlicht: die Durchsetzung von Recht und Gesetz.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Glauben Sie im Ernst, Herr Merz, Sie könnten den Bürgern vormachen, dass mit Ihnen irgendetwas besser würde, wenn Sie sich gleichzeitig immer noch bei den Grünen und der SPD anbieten und sich darauf festlegen, mit diesen Parteien auch zu koalieren? Denn genau darauf läuft Ihr im Grundgesetz gerade nicht vorgesehenes Dogma der undemokratischen Brandmauer hinaus. Die sogenannte Brandmauer ist nichts anderes als eine antidemokratische Kartellabsprache, um den Wählerwillen auszuhebeln, um Millionen von Wählern auszuschließen.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Johannes Huber [fraktionslos])

Sie soll den Grünen und der SPD – wir haben sie hier gehört – den Verbleib an der Macht garantieren, obwohl sie die Zustimmung der Mehrheit längst verloren haben für ihre ruinöse Politik der Massenmigration und Wirtschafts- und Energiezerstörung.

Sie haben Ihre Chance gehabt, echtes Kanzlerformat zu beweisen. „Ich gucke nicht rechts und nicht links. Ich gucke in diesen Fragen nur geradeaus.“ Das haben Sie noch bei der Vorstellung des Fünf-Punkte-Plans gesagt.

Sie schauen aber gar nicht geradeaus.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Doch!)

Sie schauen nach links, und Sie schauen nach hinten in Ihre eigenen Reihen. Ihr CDU-Ministerpräsident Günther aus Schleswig-Holstein hat schon angekündigt, Gesetze zur Migrationsbegrenzung im Bundesrat scheitern zu lassen, wenn sie mit den Stimmen der AfD hier angenommen werden. Das ist Ihre CDU.

(Beifall bei der AfD)

(C) Was ist das für ein erbärmliches Demokratieverständnis! Als gäbe es die toten Kinder nicht, werden parteipolitische Spielchen über das Leben unschuldiger Bürger gestellt. Mit dieser Union ist tatsächlich kein Staat zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Ihren Fünf-Punkte-Plan, den Sie heute vorlegen, haben Sie von uns kopiert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein unverbindlicher Entschließungsantrag – das wissen Sie auch – ist noch lange keine Migrationswende. Abschreiben statt abschieben, das hat bei Ihnen Methode. Denn in den Ländern, in denen Sie in der Regierung sitzen – ob in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein –, ist die Abschiebebilanz genauso miserabel oder sogar noch schlechter als in den SPD-regierten Bundesländern.

(Beifall bei der AfD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: In Baden-Württemberg ist sie um 37 Prozent gestiegen!)

Dass die Union nach dem entsetzlichen Messerangriff eines Afghanen auf Kleinkinder die Begründung ihres Antrages dazu missbraucht, sich an der AfD abzuarbeiten, ist verstörend und zeigt, dass sie die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden hat.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen keine weiteren toten Kinder betrauern müssen. Verstehen Sie das?

(Lachen des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU])

– Sie lachen, Herr Frei.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, ganz genau!)

Ihre verantwortungslosen und infantilen Manöver – infantil! –

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, schon klar!)

werden uns nicht davon abhalten, das Richtige zu tun und jeder vernünftigen Initiative zuzustimmen. So haben wir es immer gehalten.

(Beifall bei der AfD)

Denn das Wohl des Landes und seiner Bürger hat bei uns immer Vorrang vor egoistischer Parteitaktik, und das unterscheidet uns von der Union.

(Beifall bei der AfD)

Auch dem Zustrombegrenzungsgesetz, das Sie ebenfalls von uns abgeschrieben haben, werden wir zustimmen. Vor wenigen Wochen haben Sie dieses Gesetz ja noch von der Tagesordnung genommen, aus Angst vor Zufallsmehrheiten. Jetzt haben Sie es wieder aufgesetzt – nachdem wir nämlich angekündigt haben, es selbst zur Abstimmung zu stellen. Das Gesetz hätte längst beschlossen sein können.

Wir werden weiter für eine wirkliche Migrationswende mit Schließung der Grenzen, Zurückweisung und Abschiebung von illegalen Ausländern eintreten. Und je länger Sie sich dagegen sträuben, die notwendigen Gesetze gemeinsam zu beschließen, desto größer wird der

(D)

Dr. Alice Weidel

- (A) Schaden. Sie schaden damit nicht der AfD, Sie schaden auch nicht mir; Sie schaden damit dem ganzen Land und seinen Bürgern, jedem Kind, das deswegen noch sterben muss, jedem unschuldigen Menschen, der deswegen noch verletzt, vergewaltigt oder ermordet wird.

Die Unaufrichtigkeit der Union lässt sich am besten an der Zahl der AfD-Anträge zur Migrationsbegrenzung und zu Grenzkontrollen ablesen, die Sie die vergangenen Jahre – sieben Jahre! – hier in diesem Hause abgelehnt haben. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der AfD – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Die lehnen wir auch weiterhin ab!)

Das ist unaufrichtig.

Solange Sie sich an Ihre Brandmauer klammern, so lange wird es auch weitere Brandmauertote geben.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an die CDU/CSU gewandt: Ihr seid in die Falle der Nazis geraten! Das ist ein schwerer Fehler, den ihr heute macht!)

So kann es nicht weitergehen. Es ist schon viel zu lange viel zu viel. Die Zeit der Symbolpolitik muss nach den Morden von Aschaffenburg endgültig vorbei sein. Dieses Land liegt am Boden. Deutschland kann nicht länger warten. Die Migrationswende und die Wirtschaftswende müssen kommen, und diese werden nur kommen mit der Alternative für Deutschland.

Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

(B)

Präsidentin Bärbel Bas:

Für die Unionsfraktion hat der Kollege Alexander Dobrindt das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den bestialischen Morden an einem zweijährigen Kind und einem zu Hilfe eilenden 41-jährigen Familienvater in Aschaffenburg haben Sie, Herr Bundeskanzler, gesagt – wörtlich –: „Ich bin es leid, wenn sich alle paar Wochen solche Gewalttaten bei uns zutragen. ... Es reicht nicht, zu reden.“

Heute, Herr Bundeskanzler, haben Sie wieder geredet, und zwar nicht über das, was Sie jetzt tun müssten, sondern darüber, was wir Ihrer Meinung nach nicht tun sollen. Herr Bundeskanzler, ich will Ihnen sagen: Ich bin es leid. Die Bürger sind es leid. Es ist das immer gleiche Ritual, das immer wiederkehrende Ritual bei schwersten Verbrechen: erst Betroffenheitsrhetorik, dann Warnung vor Reaktionen, dann Übergang zur Tagesordnung. Die Menschen in unserem Land sind es leid, und deswegen gehen wir nicht mehr über zur Tagesordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Herr Bundeskanzler, Sie haben das Wort „Zeitenwende“ geprägt. Aber Sie erkennen die Zeitenwende im eigenen Land nicht, wenn sie direkt vor Ihnen steht. Und

dann reden Sie, Herr Klingbeil, hier über Tabubruch. Ich sage Ihnen: Es ist kein Tabubruch, das Richtige zu tun. Der Tabubruch ist, das Richtige zu erkennen und dennoch das Falsche zu tun, Herr Klingbeil. Das ist der Tabubruch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind ein weltoffenes Land. Wir werden und wir wollen dieses weltoffene Land bleiben. Menschen, die sich hier integrieren, arbeiten und Teil dieser Gesellschaft sein wollen, sind willkommen. Aber gegen die, die genau das nicht wollen, muss sich eine Gesellschaft auch schützen können. Das erwarten übrigens die Menschen in unserem Land ohne Migrationshintergrund gleichermaßen wie die Menschen mit Migrationshintergrund. Sie alle wollen geschützt werden vor Gewalt, vor Terror, vor Sicherheitsverlust, vor Überforderung unseres Landes.

Die Überforderung unserer Gesellschaft ist Teil des Alltagserlebens von vielen Menschen in unserem Land – sie ist Teil des Alltagserlebens. Man kann versuchen, das zu leugnen, Frau Göring-Eckardt, wie Sie es auch öffentlich getan haben; aber das treibt die Polarisierung unserer Gesellschaft immer weiter voran. Sie können auf Ihrem Parteitag, dem der Grünen, am Wochenende die Ausweitung der Migration durch ausgeweiteten Familiennachzug beschließen und damit weitere Pullfaktoren setzen. Sie können das alles tun; aber Sie treiben die Polarisierung unserer Gesellschaft damit immer weiter voran. Und über die Brandmauer reden die, die die letzten drei Jahre am meisten Öl ins Feuer gegossen haben. Sie haben die Polarisierung im Land weiter vorangetrieben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe an meiner Haltung gegenüber rechts außen überhaupt nichts zu korrigieren.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach heute wahrscheinlich schon!)

Ich sage Ihnen auch das: Ich habe hier schon mehrfach gegenüber der AfD von „Vaterlandsverrat“ gesprochen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das sagt der Richtige! – Zuruf von der AfD: Sie haben doch die Grenzen geöffnet!)

Daran hat sich schlichtweg nichts geändert. Aber Sie, liebe SPD, Grüne, FDP, müssen Ihre Politik korrigieren. Wenn Sie rechts außen bekämpfen wollen, müssen Sie Ihre Politik korrigieren, damit die Polarisierung zurückgeht in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Erfolg unserer Demokratie basiert darauf, dass wir in der politischen Mitte Probleme lösen, damit die Ränder nicht stark werden. Aber wenn Sie den Konsens aufgeben, dass Sie die Probleme mit uns lösen wollen, dann begehen auch Sie, Herr Klingbeil, den Tabubruch. Die Handlungsverweigerung der Restampel, das ist der Tabubruch an diesem Tag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei muss ich Ihnen sagen: Wir hatten schon einmal gemeinsam die Kraft, eine Asylkrise zu lösen. In den 1990er-Jahren hatten wir eine hohe, hohe Zahl an Asylanträgen. Die Kommunen waren überfordert. Die Men-

Alexander Dobrindt

- (A) schen hatten Sorgen, und eine Rechtsaußenpartei, die Republikaner, hat große Wahlerfolge gefeiert. Damals waren es CDU, CSU, FDP und SPD, die sich auf den Asylkompromiss geeinigt haben. Die Asylzahlen gingen zurück, die gesellschaftliche Polarisierung nahm ab, die Republikaner verschwanden aus den Parlamenten. Damals hat ein SPD-Fraktionsvorsitzender gesagt:

„Dennoch gibt es bei vielen Menschen eine zunehmende Angst vor Überforderung ... durch die massenhafte missbräuchliche Inanspruchnahme des Asylrechts. ... Die Menschen hier wollen, dass wir dies und die ungebremste Zuwanderung stoppen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, damals hatten Sie die Kraft, das Richtige zu tun. Anstatt hier Vorwürfe zu verteilen, fragen Sie sich doch lieber mal, warum Sie heute nicht mehr die Kraft haben, im Parlament das Richtige zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Bundeskanzler, Ihre Migrationspolitik ist eine Politik der leeren Versprechen. Ich sage das auch sehr deutlich: Sie haben Abschiebungen im großen Stil versprochen. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen. Sie haben eine Beschleunigung der Asylverfahren versprochen. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen. Sie haben Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern nach Afghanistan und Syrien versprochen. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen. Das ist Ihre Bilanz, und mit dieser Bilanz wollen Sie so umgehen, dass Sie die Schuld jetzt auf ein Behördenversagen schieben.

Meine Damen und Herren, was in Aschaffenburg, in Magdeburg, in Solingen an schrecklichen Gewalttaten stattgefunden hat, hätte überall passieren können.

(Stephan Brandner [AfD]: Schlimm genug! Sie regieren ja fast überall!)

Deswegen gibt es Verunsicherung, Sorgen, Trauer, Wut überall im Land. Und die Menschen? Sie sprechen nicht über Behördenversagen. Sie sprechen über Politikversagen. Deswegen an SPD und Grüne: Hören Sie auf, zu lamentieren, dass die Falschen hier etwas Richtigem zustimmen!

(Bettina Hagedorn [SPD]: Sie stimmen ja nicht was Richtigem zu! Das ist ja das Problem!)

Fangen Sie endlich an, das Richtige zu tun!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Problem ist nicht die Zustimmung der AfD. Das Problem ist Ihre Verweigerung, die von SPD und Grünen, zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Niklas Wagener für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Niklas Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Mittwoch letzter Woche befindet sich meine Heimatstadt Aschaffenburg in tiefer Trauer; es ist auch die Heimatstadt von Andrea Lindholz, von Karsten Klein. Die Angehörigen der Opfer und ihre Unterstützung stehen in Aschaffenburg – leider anders als in so manchen Reden, die wir bisher gehört haben – im Mittelpunkt der Arbeit zahlreicher Seelsorgerinnen und Seelsorger, denen ich für ihre wichtige Arbeit danken möchte, genauso wie den vielen Einsatzkräften, die Leben gerettet haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der Linken)

Und auch unserem Oberbürgermeister Jürgen Herzing, der in seinen Reden stets die richtigen Worte gefunden hat und unsere Stadt zusammenhält, möchte ich danken.

Ein sehr bedrückender Moment der vergangenen Tage war die Rede der 12-jährigen Fatima aus Afghanistan. Sie sagte vor 3 000 Trauernden in Aschaffenburg: Ich entschuldige mich bei allen. Ich wollte nur sagen, dass nicht alle Afghanen böse sind, nur manche. – Dass ein 12-jähriges Mädchen glaubt, sich für das Verbrechen eines 28-jährigen, psychisch erkrankten Asylbewerbers entschuldigen zu müssen, weil beide aus dem gleichen Land kommen, ist tragisch und vor allem grundfalsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der Linken)

(D)

In vielen Gesprächen ist mir deutlich geworden – und da bin ich wirklich stolz auf unsere Stadt –, dass die Aschaffener keinen Rassismus, keinen Hass, keine Hetze als Antwort auf ihre drängenden Fragen nach dem Warum akzeptieren werden, sondern konkrete Lösungen erwarten, mit denen wir tatsächlich dafür sorgen, dass kriminelle Gefährder nicht mehr durchs Raster fallen. Die Behörden von Bund und Ländern müssen enger und besser zusammenarbeiten. Um es mit den Worten meiner Aschaffener CSU-Kollegin Andrea Lindholz zu sagen: „Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Vollzugsproblem.“ Auch in Bayern! Deshalb erwarten die Bürger, dass die demokratische Mitte gemeinsam Vorschläge vorlegt und nicht mit dem Finger aufeinander zeigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die vielen Aschaffener, die dieser Tage im Bündnis „Aschaffenburg ist bunt!“ gemeinsam trauern, die mutigen Menschen, die verhindert haben, dass ein Faschist seinen vergifteten Trauerkranz am Ort des Gedenkens niederlegen konnte,

(Stephan Brandner [AfD]: Wie? Herr Scholz war auch da?)

die Hunderttausenden in ganz Deutschland, die gerade wieder auf die Straße gehen, sie eint die Wut über die Art und Weise, wie viele in diesem Hohen Haus über Migration sprechen, oft genug Migration für alles

Niklas Wagener

- (A) Schlechte verantwortlich machen. Von manchen wird das furchtbare Verbrechen in Aschaffenburg für den eigenen Wahlkampf missbraucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der Linken)

Die Aschaffener erwarten zu Recht eine Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet. Sie erwarten zu Recht eine Sicherheitspolitik, die das Leben aller Kinder, egal welcher Herkunft, schützt. Und sie erwarten zu Recht von uns Abgeordneten, dass wir über den Weg dorthin vernünftig miteinander sprechen. Die Art, wie Sie, Herr Merz, die Debatte nun wieder geführt haben und Ihre Forderungen diesem Parlament diktieren wollen, ist das Gegenteil von lösungsorientierter demokratischer Zusammenarbeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Aschaffenburg nicht gerecht.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der Linken – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Schade, dass die Rede mit dem letzten Satz so schlecht geworden ist!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Das Wort hat Anke Rehlinger für den Bundesrat.
(Beifall bei der SPD)

Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin (Saarland):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute hier im Hohen Hause der Opfer des Holocaust gedacht. Wir haben am Montag – viele waren mit dabei – im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz am Gedenken teilgenommen. Der Name „Auschwitz“ steht dabei für die Verantwortung, die jeder von uns hat, nämlich dafür zu sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholt.

Wir müssen aber leider feststellen: Für „Wehret den Anfängen!“ ist es schon zu spät. Antisemitismus, Antiziganismus und Menschenfeindlichkeit in jeder Form zeigen sich mittlerweile wieder in absoluter Schamlosigkeit.

(Zuruf von der AfD: Bei der SPD!)

Nie war in der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit so viel Schutz für jüdische Gemeinden notwendig wie heute, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD: Woran das wohl liegt!)

Das ist eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Und wer sind die Täter?)

Und ich komme auch nicht umhin, an dieser Stelle zu sagen, dass ich hier mit einigermaßen Unbehagen stehe, nachdem wir gemeinsam hier die Gedenkstunde abge-

halten haben und uns jetzt, zu diesem Zeitpunkt, in dieser Debatte über dieses Thema und mit diesen Ausführungen befinden. Denn diese Debatte hat ja bereits einen gesellschaftlichen Eindruck erzeugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen und wir können gemeinsam verhindern, dass die Feinde der Demokratie noch mehr Sitze in diesem Parlament erlangen.

(Stephan Brandner [AfD]: Feinde der Demokratie haben in diesem Parlament weniger Sitze! – Weitere Zurufe von der AfD: SPD und die Grünen! – Unverschämtheit!)

Und wir können und wir müssen auch verhindern, dass die Feinde der Demokratie Macht in unserem Staat bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Zuruf von der AfD: Was für eine Hetze!)

Mit „wir“ meine ich die vernünftige, demokratische Mitte in diesem Land.

(Jürgen Braun [AfD]: Dazu gehört die SPD lange nicht mehr!)

Und darin besteht, wie ich finde, das Hauptrisiko des politischen Harakiris, das wir gerade hier erleben. Denn die Union spaltet exakt diese politische Mitte,

(Zuruf des Abg. Jörn König [AfD])

und das, wie wir hören müssen, zum Jubel von rechts außen. Das kann keine kluge Politik für Deutschland sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und ich fürchte, es wird sich rächen. Ich fürchte, es wird sich nicht nur für die Union rechnen – rächen, sondern es wird sich für alle Demokraten in Deutschland rächen.

(Stephan Brandner [AfD]: „Rächen“ oder „rechnen“?)

Es wird sich für unsere Gesellschaft rächen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dabei wäre es anders möglich. Es wäre auch mit Blick auf meine Kolleginnen und Kollegen in der Ministerpräsidentenkonferenz anders möglich. Wir haben schon oft unter Beweis gestellt – auch bei unterschiedlichen Meinungen, die wir hatten –, dass es im Kreise der Regierungschefs – der CDU, der SPD, der CSU, der Grünen und vor Kurzem noch der Linkspartei – möglich war,

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

gemeinsam weitreichende Beschlüsse, auch zur Migrationspolitik, zu fassen.

Im Kreise der SPD-Ministerpräsidenten haben wir auch in einem Brief noch einmal deutlich gemacht, dass die ausgestreckte Hand der Vergangenheit auch in Zukunft ausgestreckt bleibt.

(Stephan Brandner [AfD]: Ich habe keinen Brief bekommen!)

Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (Saarland)

- (A) Wir sind dazu bereit, im Kreise der demokratischen Mitte nach Mehrheiten zu suchen und das zu tun, was unser Arbeiten in der Politik ausmacht, nämlich auf Kompromisse einzugehen,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das machen Sie doch gar nicht!)

ohne dass man auf die Falschen setzt, um sich Mehrheiten in diesem Land zu beschaffen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nach der furchtbaren Tat von Solingen hat die Bundesregierung ein Sicherheitspaket auf den Weg gebracht. Und niemand bestreitet, dass das sinnvolle Maßnahmen sind; trotzdem wurden sie von der Union im Bundesrat blockiert: nicht nur das Sicherheitspaket, auch andere, ich nenne die Stichworte „GEAS-Reform“, „Begrenzung der irregulären Migration“, „Bundespolizeigesetz“. Gerade nach der weiteren abscheulichen Tat in Aschaffenburg ist mir deshalb wichtig, zu sagen: Es gab und es gibt die Möglichkeit, durch tatsächlich entscheidungsreife Gesetzentwürfe

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

substanzielle Verbesserungen mit Stimmen der gesellschaftlichen Mitte auf den Weg zu bringen. Die Union hat das nicht gewollt. Sie will es nicht. Stattdessen setzt sie auf die Gefahr von Stimmen aus der AfD, meine sehr verehrten Damen und Herren.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle mir darüber hinaus die Frage,

(Stephan Brandner [AfD]: Sie reden für den Bundesrat oder für die Juso-Kampfgruppe Saarbrücken?)

in Richtung Union blickend: Wie wollen Sie eigentlich in Ihrer Partei, in den Ländern,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Die zweite Bewerbungsrede als SPD-Vorsitzende!)

in den Kommunen noch die Brandmauer halten, wenn Sie sie höchstselbst hier im Bundestag niedergerissen haben,

(Zurufe der Abg. Stephan Brandner [AfD] und Dr. Rainer Rothfuß [AfD])

meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insofern geht es bei den Abstimmungen am heutigen Tag und auch bei dem, was am Freitag ansteht, nicht nur um einen Tabubruch in diesem Hause, sondern es ist, wie ich fürchte, auch ein Dammbbruch zulasten der gesamten Demokratie in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Geht es auch eine Nummer kleiner?)

(C) Mindestens genauso schwer wiegt dabei, dass mit den Forderungen, die im Raum stehen und diskutiert worden sind, Erwartungen geschürt werden, die niemand in der Lage ist zu erfüllen – auch nicht Herr Merz, auch nicht die Union –, weil sie eben gegen die Verfassung verstoßen.

(Dr. Silke Launert [CDU/CSU]: Nein! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Quatsch! Was haben Sie für eine Ahnung? Ist doch Blödsinn! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wenn man es wiederholt, wird es nicht richtiger! – Zuruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

Sie haben eben nicht Vorschläge vorgelegt, wie das Recht geändert werden kann, damit dieser Verstoß nicht zum Tragen kommt.

Ich sage es bezogen auf einen Punkt, der politisch zu bewerten ist: Ausgerechnet im 40. Jahr des Schengener Abkommens wollen Sie die Grenzen schließen. Die Schlagbäume sollen runtergehen. Sie werden damit quasi mit einem Federstreich die Europapartei CDU zur Geschichte machen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Jetzt geht es um Zurückweisungen! Verstehen Sie das gar nicht?)

Will man sich wirklich von diesen Grundwerten, auch den Grundwerten Ihrer Partei, an dieser Stelle auf diesem Weg verabschieden, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(D) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie wissen aber schon, wer Grenzkontrollen macht, oder?)

Und es ist gefragt worden: Was sagt Europa dazu? Ich kann es Ihnen sagen. Ich habe mit dem Luxemburger Premierminister zusammengesessen – Ihr Parteifreund –,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wir auch!)

und er hat sehr, sehr, sehr geschimpft auf das, was jetzt schon stattfindet;

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nein! Bei uns nicht!)

und das, was geplant ist, würde er mit eigenen Worten entsprechend belegen; Sie können es gern in der Presse nachlesen. Zehntausende Pendler sind unterwegs, nicht nur im Saarland und der Großregion, auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei uns ist ein Riesenanteil des Einzelhandels davon abhängig, dass die Französinen und Franzosen ungehindert zu uns kommen können. Ihre Grenzsicherungspläne sind eine Gefahr für unsere Wirtschaft

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nein!)

und die Arbeitsplätze der Saarländerinnen und Saarländer und noch deutlich darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Sie kommen zum Ende bitte, Frau Kollegin.

Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin (Saarland):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen an einem historischen Scheideweg. Wie tief unsere Gesellschaft von den Vorgängen hier getroffen ist, das zeigt der Appell der Kirchen, der evangelischen und der katholischen. Er zeigt, dass es hier eben nicht um ein übliches, im Wahlkampf gelegentlich auch mal so stattfindendes Parteiengezänk geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern um eine sehr, sehr grundsätzliche Frage unserer Gesellschaft. Hören wir den beispiellosen Ruf der Kirchen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Kollegin.

Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin (Saarland):

Wir müssen dafür sorgen, dass wir unserer historischen Verantwortung gerecht werden. Rechts darf niemals die Macht in unserem Land erhalten.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das entscheidet der Wähler!)

(B)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Gruppe Die Linke hat Heidi Reichinnek jetzt das Wort.

(Beifall bei der Linken)

Heidi Reichinnek (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tat von Aschaffenburg war grausam und abscheulich. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Betroffenen.

(Stephan Brandner [AfD]: Das merkt man!)

Aber nur wenige Stunden nach der Tat sprachen Sie, Herr Scholz, von Terror, ohne die Hintergründe zu kennen. Warum betreiben Sie das Geschäft der AfD,

(Dr. Rainer Rothfuß [AfD]: Alle betreiben das Geschäft der AfD!)

statt in dieser schweren Situation zu versuchen, den Menschen ihre Ängste zu nehmen?

Und warum schwingen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, immer Reden gegen Rechtsextremismus, aber lassen sich genau von diesen Rechtsextremisten hier im Bundestag treiben?

(Beifall bei der Linken)

In den letzten Jahren haben Sie eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durchgewunken. Der Höhepunkt ist jetzt GEAS. Damit können selbst Kinder an den EU-

Außengrenzen in Haftlager gesperrt werden. Bezahlkarte, Leistungskürzung, Schikane: Denken Sie wirklich, gegen die AfD hilft AfD-Politik? (C)

(Beifall bei der Linken)

Die steht aktuell bei 20 Prozent. Da müssen doch selbst Sie begreifen, dass Ihre Taktik gescheitert ist. Aber gut, Sie wetteifern ja gerade vor allem darum, wer am Ende Friedrich Merz dann doch zum Kanzler wählen darf.

Herr Merz plakatiert gerade überall im Land: „Recht und Ordnung wieder durchsetzen“. Recht! Gleichzeitig schmeißen Sie uns hier Anträge vor die Füße, die gegen EU-Recht, gegen die Verfassung, gegen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte oder die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen. Das ist Ihre Politik! Ihre Vorschläge sind nicht nur rechtlich hochproblematisch und menschlich wirklich erbärmlich; sie sind schlicht auch nicht umsetzbar.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sage ich gar nicht mal als Linke; das sagt die Gewerkschaft der Polizei selbst. Die ganzen Behörden brauchen nicht noch mehr Befugnisse, sie brauchen eine bessere Vernetzung und Ausstattung. Darüber müssen wir doch reden.

Keiner Ihrer 27 Punkte spricht von Prävention. Doch nur so können weitere Taten wirklich verhindert werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Kraft [AfD])

(D)

Es braucht dringend eine bessere psychosoziale Betreuung für alle Menschen in diesem Land und mehr Integrationsangebote für Geflüchtete, vor allem auch durch Arbeit. Das fordern Migrationsforscher/-innen, Juristinnen und Juristen und Sicherheitsexpertinnen und -experten. Die beklagen nämlich, dass in der Politik die ganze Zeit Scheindebatten geführt werden, die am Kern des Problems vorbeigehen. Warum hören Sie denen nicht mal zu?

(Beifall bei der Linken)

Ihre Vorschläge werden nämlich rein gar nichts an der Sicherheitslage in Deutschland verändern – außer für Migrantinnen und Migranten; für die wird es immer unsicherer. Die haben Angst vor der Stimmung im Land, vor zunehmenden Angriffen. Und genau diese Menschen wollen Sie jetzt zu Menschen zweiter Klasse machen und drohen ihnen mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft. Sie wollen nach Afghanistan und Syrien abschieben. Warum wollen Sie die junge Mutter bestrafen, die vor den Taliban fliehen musste, warum die Familie aus Syrien, die vor Assads Folterschergen flüchtete? Herr Merz, auch wenn Sie jetzt nicht da sind, frage ich mich: Wohin treiben Sie die Union, und wo, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, die Sie hier alle frenetisch applaudiert haben, ist der Aufstand der Anständigen in Ihren Reihen?

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

Heidi Reichinnek

- (A) Denkt irgendjemand von Ihnen noch an Walter Lübcke? Sagt Ihnen der Name noch was?

(Beifall bei der Linken)

Für die Hoffnung auf ein paar Prozentpunkte mehr planen Sie, Herr Merz, einen Pakt mit der AfD. Sie alle setzen den Hammer an die gesellschaftliche Brandmauer. Aber eins sage ich Ihnen: Die werden Sie nicht zu Fall bringen –

(Beifall bei der Linken)

ich komme zum Schluss –; denn die Brandmauer in diesem Land, das sind wir: wir alle, die sich nicht am Montag hinstellen und sagen,

(Zuruf des Abg. Andreas Matfeldt [CDU/CSU])

dass Auschwitz nie wieder sein darf, nur um zwei Tage später denen die Hand zu reichen, die die Erben dieser Ideologie sind;

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Was für eine Frechheit!)

wir alle, die immer wieder aufstehen und laut und deutlich sagen: „Menschenrechte sind unteilbar“; –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Reichinnek, Sie müssen zum Ende kommen.

(Bernd Baumann [AfD]: Sie sind die Erben der SED!)

- (B) **Heidi Reichinnek** (Die Linke):

– und wir alle, die diese Demokratie verteidigen werden gegen die AfD und im Notfall auch gegen Sie.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für das Bündnis Sahra Wagenknecht spricht Dr. Sahra Wagenknecht.

(Beifall beim BSW – Dorothee Bär [CDU/CSU]: ... die heute in der Gedenkstunde schon falsch gekleidet war!)

Dr. Sahra Wagenknecht (BSW):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder sind Menschen gestorben. Wieder wurde unendliches Leid über Familien gebracht. Und wieder war der Täter ein Mann, der nach geltendem Recht gar nicht mehr hätte in Deutschland sein dürfen. Und was folgte nach dieser schrecklichen Tat? Ein trauriges Gezänk, ob man im Bundestag Anträge einbringen darf, denen auch die AfD zustimmt. Unwürdiger geht es kaum.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

SPD und Grüne haben offenbar immer noch nichts begriffen. Nicht gemeinsame Abstimmungen im Bundestag haben dazu geführt, dass die Umfragewerte der AfD durch die Decke gehen, sondern das jahrelange kollektive Versagen der alten Parteien in der Migrationspolitik.

- (Beifall beim BSW sowie bei Abgeordneten der AfD und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos]) (C)

Und gerade die Grünen, die mit Lächel-Selfies sich jetzt als große Vorkämpfer gegen rechts inszenieren, gerade die tragen eine Hauptverantwortung dafür, dass die Leute hier am rechten Rand vor Kraft nicht mehr laufen können. Sie sind die Hauptverantwortlichen dafür!

(Beifall beim BSW)

Wir nehmen jedes Jahr Hunderttausende auf, während in Deutschland Zigtausende Wohnungen fehlen, Ärzte fehlen, Lehrer fehlen, in den ärmeren Wohnvierteln Schulen und Klassen Normalität sind, in denen die Mehrheit der Kinder kein Wort Deutsch kann. Und Sie haben über Jahre jeden, der gewarnt hat, jeden, der auf diese Probleme hingewiesen hat, in die rechte Ecke gestellt. Und was ist jetzt Ihre Antwort? Ein Abschiebeflug vor jeder Wahl,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, genau!)

ein bisschen Symbolik. Das ist Ihre Antwort auf die Ängste der Menschen.

Aber auch Ihre Anträge, Herr Merz, sind zu weiten Teilen Symbolik. Der Fünf-Punkte-Plan, ja, enthält Richtiges. Aber ich muss schon sagen: Über Fluchtursachen zu reden und die Kriege der USA in Afghanistan, im Irak und in Libyen noch nicht einmal zu benennen, das ist doch wirklich peinlich.

(Beifall beim BSW sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [Die Linke])

- Das kann man doch nicht machen! Diese Schaufensteranträge werden auch nichts bewegen in unserem Land. Der einzige Antrag, der reale Veränderungen bewirken wird, das Zustrombegrenzungsgesetz – ja, da werden wir zustimmen. Das sind wir auch den Millionen rechtschaffenen, – (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen zum Ende, bitte.

Dr. Sahra Wagenknecht (BSW):

– gut integrierten Zuwanderern schuldig, –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Wagenknecht.

Dr. Sahra Wagenknecht (BSW):

– die wegen des vergifteten Klimas in unserem Land –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen bitte zum Ende.

Dr. Sahra Wagenknecht (BSW):

– zunehmend Angst um ihre Sicherheit haben.

(Beifall beim BSW)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Johannes Huber.

Dirk Wiese

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und ich kann vor diesem Weg, den Sie diese Woche einschlagen wollen, nur noch mal ausdrücklich warnen.

Ja, was wir in Aschaffenburg erlebt haben, das wühlt uns auf, das macht uns wütend. Ja, es ist eine Situation, in der schnell Forderungen erhoben werden. Aber das Entscheidende in solchen Situationen ist,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Aber! Aber!)

trotz allem, was uns aufwühlt, was uns wütend macht, einen kühlen Kopf zu bewahren, verantwortungsvoll mit der Situation umzugehen, klare Prinzipien zu haben. Das umfasst für uns als SPD Humanität und Ordnung und die Durchsetzung des Rechtsstaates. Was wir nicht brauchen, ist, dass jemand aus dem Bauch heraus Entscheidungen trifft, und das insbesondere, wenn er für das höchste Amt in diesem Land kandidiert. Das ist unwürdig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Er will doch gar nicht Bundespräsident werden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme durchaus wahr, was draußen debattiert wird. Ich nehme durchaus das Unsicherheitsgefühl bei vielen Bürgerinnen und Bürgern wahr. Aber ich nehme auch wahr, dass viele Bürgerinnen und Bürger ganz klar sagen: Wir leben in einem Rechtsstaat. Wir wollen nicht Regeln auf den Weg bringen, die rechtswidrig sind. Das, was in dem Fünf-Punkte-Plan vorgeschlagen wird, die pauschalen Zurückweisungen an den Binnengrenzen – das sagen viele in diesem Land, die sich tagtäglich damit befassen und sich damit auskennen –, ist nicht mit unserer Verfassung in Einklang zu bringen, das verstößt gegen Europarecht. Und ich finde es schlimm, dass eine Partei wie die CDU, die sich selbst Europapartei nennt, das vorschlägt. Das ist etwas, was ich vor zwei Wochen noch nicht gedacht hätte.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schauen wir einfach mal genau hin, was diejenigen sagen, die diese Regelung täglich umsetzen müssten. Es gibt erhebliche Warnungen vonseiten der Gewerkschaft der Polizei, insbesondere aus dem Bereich der Bundespolizei, die genau die entscheidende Frage stellt: Wie soll es denn letztendlich gehen? – Das ist etwas, was nicht praktikabel ist, ganz abgesehen von der Tatsache, dass es rechtswidrig ist.

(Zuruf des Abg. Marc Bernhard [AfD])

Lassen Sie uns mit Blick auf die Bundespolizei lieber dafür sorgen, dass wir diese Woche das Bundespolizeigesetz auf den Weg bringen. Das wären rechtliche Verbesserungen, die tatsächlich helfen würden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber nein! 2021 ist es auch schon gescheitert, übrigens am bayerischen Innenminister Joachim Herrmann.

(C) Ich nehme es übrigens sehr ernst, was uns aus der evangelischen Kirche, aus der katholischen Kirche und übrigens auch aus der Alevitischen Gemeinde heute an Zuschriften erreicht hat. Ich will zitieren:

„Zeitpunkt und Tonlage der aktuell geführten Debatte befremden uns zutiefst. Sie ist dazu geeignet, alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu diffamieren, Vorurteile zu schüren“

(Beifall der Abg. Daniela De Ridder [SPD])

„und trägt unserer Meinung nach nicht zur Lösung der tatsächlich bestehenden Fragen bei. Die nun vorgeschlagenen Verschärfungen“

– der CDU –

„sind nicht zielführend, vergleichbare Taten zu verhindern und tragfähige Antworten auf das öffentliche Sicherheitsbedürfnis zu geben.“

Ich nehme das sehr ernst. Was twittert Steffen Bilger aus der CDU? „Überrascht nicht, interessiert nicht.“ Das macht mich sprachlos; das sage ich Ihnen ganz offen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Dobrindt, Sie haben vorhin angesprochen, dass es 1993 einen großen Asylkompromiss gegeben hat. Was Sie aber vergessen haben, ist Folgendes: Wir saßen mit Ihnen im Herbst im Bundesinnenministerium zusammen. Wir haben über Vorschläge gesprochen, wir haben Lösungen diskutiert, die rechtswidrig sind. (D)

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Sie haben uns schlichtweg angelogen! Die Ministerin hat uns angelogen, Herr Wiese! Nichts anderes! Sie wissen es genau!)

Und wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, was passiert ist? Thorsten Frei kam in den Raum rein und suchte schon den Notausgang, weil Ihnen nicht an einer gemeinsamen Lösung gelegen ist.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Quatsch!)

Dafür kritisiere ich Sie: dass Sie das hier heute nicht erwähnt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lars Klingbeil [SPD]: Hört! Hört! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sie haben uns getäuscht!)

Ich kann nur warnen vor diesem Tabubruch, den Sie diese Woche letztendlich machen wollen. Sie öffnen damit die Tür in Richtung einer rechtsextremistischen Partei. Eine Band bei mir aus Nordrhein-Westfalen, die Broilers, haben es in einem Zitat auf den Punkt gebracht. Sie haben über Alice Weidel gesungen: „Sie redet, wie ein Nazi denkt.“ – Dem ist nichts hinzuzufügen. Sie öffnen diese Tür in Richtung AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Was ist das denn für eine Beleidigung? Hallo! – Beatrix von Storch)

Dirk Wiese

- (A) [AfD]: Was sind Sie denn für ein Nazi? – Weitere Zurufe von der AfD)

Sie machen sie salonfähig und koalitionsfähig. Sie gehen den österreichischen Weg.

(Beatrix von Storch [AfD]: Dirk Wiese, der Obernazi! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie sollten sich schämen! Schämen Sie sich!)

Zu den Zurückweisungen, die Sie vorgeschlagen haben, möchte ich noch einmal – Gott sei Dank ist er noch im Amt – den aktuellen Bundeskanzler unserer österreichischen Nachbarn, Alexander Schallenberg, zitieren. Er hat gesagt:

„Wir brauchen – das wissen wir alle – gemeinsame Lösungen. Wenn jeder von uns jetzt einzeln einfach die Zugbrücken hochzieht, dann sind wir alle ärmer und keiner ist sicherer.“

Lieber Kollege Lindner, Sie haben die Debatte schon verlassen, aber ich will zu Ihnen noch einen Satz sagen.

(Widerspruch bei der FDP – Christian Lindner [FDP]: Nein!)

– Ich sehe Sie. Ich entschuldige mich.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Für Ihre ganze Rede am besten! – Zuruf von der AfD: Eine Blamage!)

- (B) Wenn wir über mehr Sicherheit bei uns im Land reden, dann ist klar: Wir brauchen mehr Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden. Es war Ihre Partei, es waren Sie höchstpersönlich mit Marco Buschmann, die unseren Sicherheitsbehörden immer wieder Fesseln anlegen wollten,

(Zurufe des Abg. Dr. Marco Buschmann [FDP])

die Befugnisse verhindert haben und die blockiert haben. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass unsere Behörden diese Befugnisse heute nicht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Eine schlechte Rede!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Wiese, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Ihr Bandzitat dem Kommentar in diesem Haus nicht entspricht.

(Beatrix von Storch [AfD]: Ordnungsruf!)

Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, und gebe Joana Cotar das Wort.

(Beatrix von Storch [AfD]: Jaja! – Stephan Brandner [AfD]: Mehr nicht? Das ist eine Nazitruppe der Sozis da drüben! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Kein Ordnungsruf? – Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist ja wohl nicht Ihr Ernst! Was ist denn das für eine Sitzungsleitung? Das sind üble Beleidigungen gewesen! Unverschämtheit!)

Joana Cotar (fraktionslos):

(C)

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Drei Tage nach den Morden von Aschaffenburg grinst die Führungsspitze der Grünen samt Bundestagsvizepräsidentin und Familienministerin für Selfies in Kameras. Die SPD-Innenministerin fordert 560 Millionen Euro mehr für Integrationskurse und die Grünen leichteren Familiennachzug und freiwillige Rückkehr statt Abschiebungen. Meine Damen und Herren, was stimmt mit Ihnen nicht? Wie viel Verachtung wollen Sie den Bürgern da draußen eigentlich noch entgegenbringen? Wie viele tote Kinder sind in Ihren Augen eigentlich notwendig, um zu erkennen, dass sich in Deutschland etwas ändern muss?

Zwei Drittel der Bevölkerung möchten die Wende in der Asylpolitik – zwei Drittel! Und was machen Sie, was macht die Restampel? Sie sieht überall nur noch Nazis. Sie sind blank, meine Damen und Herren, völlig blank. Und Sie werden die Wahlen krachend verlieren. Deutschland ist kein linkes Land mehr. Die Bürger holen sich ihre Sicherheit zurück; und das ist gut so.

Und zur Union: Nicht umfallen, stehen bleiben! Aber geben Sie bitte jeglichen Versuch der Massenüberwachung auf. Nicht Lieschen Müller ist das Problem; und das wissen Sie. Privatsphäre ist kein Verbrechen, werte Kollegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(D)

Ich bitte noch einmal sehr, dass wir uns bei dieser Debatte hier im Hause mäßigen. Wir als Präsidium haben wahrgenommen, dass Frau von Storch die SPD als „Nazitruppe“ bezeichnet hat. Das ist jetzt nicht mehr indirekt, sondern eine direkte Beleidigung. Sie kriegen einen Ordnungsruf.

(Widerspruch bei der AfD – Dr. Rainer Rothfuß [AfD]: Doppelte Standards! – Stephan Brandner [AfD]: Das war nicht Frau von Storch! Das war ich!)

– Okay. Dann Entschuldigung. Herr Brandner ist es gewesen. Herr Brandner, dann trifft Sie das.

(Stephan Brandner [AfD]: Danke schön!)

Matthias Helferich hat das Wort.

Matthias Helferich (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das postmoderne Zeitalter wird mithin als Ära bezeichnet, die keine Helden mehr kenne. Als ein Afghane in Aschaffenburg dazu ansetzte, auf eine Gruppe kleiner Kinder einzustechen, wird ein Familienvater auf den Blutausch des Fremden aufmerksam. Er stellt sich dem Mörder entgegen, wehrt weitere tödliche Stiche gegen die Kinder mit seinem eigenen Leib ab. Übersät von Verletzungen, sackt er zusammen und greift mit letzter Kraft zum Kinderwagen, wo sein eigenes Kind dem Tod des Vaters beiwohnt. Dieser Mann wollte mit seinem Kind spazieren gehen und fand den Tod als Held.

Matthias Helferich

- (A) Es ist Zeit für Helden, Zeit für Verantwortung, aber auch Zeit für gerechten Zorn. Zeit für eine Kanzlerin, die sich ihres Eides bewusst ist. Und auch wenn ich nicht an Sie glaube, Herr Merz, glaube ich daran, dass es Zeit ist, Verantwortung zu übernehmen und das barbarische Morden in unserem Land endlich zu stoppen. Ich stimme für Ihren Fünf-Punkte-Plan, auch wenn Ihre Zeit schon lange vorbei ist, obwohl Sie Kanzler werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD hat Sonja Eichwede das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sonja Eichwede (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Stephan Brandner [AfD]: Deutsche demokratische Altfraktionen heißt das!)

Seit der Tat von Aschaffenburg ist unser Land tief geschockt und in tiefer Trauer. Man kann sich kaum etwas Schlimmeres vorstellen; das sage ich auch als Mutter eines zweijährigen Kindes. Deshalb möchte ich erst mal den Familien mein herzliches Beileid aussprechen: der Familie des Jungen, der ermordet worden ist, und der Familie des heldenhaften Mannes, der versucht hat, die Kinder zu schützen.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Dabei gilt es auch zu erwähnen, dass der Junge, der ermordet worden ist, marokkanische Wurzeln hatte und dass das verletzte Mädchen syrische hat. Wenn wir an die Eltern und an die Familien denken, dann müssen wir doch auch daran denken, wie sie sich bei dieser Debatte, die wir hier jetzt führen, fühlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden über Migration als Problem, und gleichzeitig haben Kinder mit Migrationshintergrund gerade diesen Angriff erlebt bzw. wurden ermordet.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das widerspricht sich überhaupt nicht!)

Das dürfen wir nicht in einen Topf werfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das wird den Opfern nicht gerecht, das wird den Angehörigen nicht gerecht, das wird der Schwere dieser Tat nicht gerecht. Das spaltet unser Land, und das instrumentalisiert auch diese schreckliche Tat. Das dürfen wir nicht zulassen. Und ich bin sehr froh, dass die Zivilgesellschaft und die Kirchen sich hier so klar positioniert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Als Richterin und als sozialdemokratische Abgeordnete sage ich aber auch ganz, ganz klar: Es gilt, Straftaten zu verhindern. Es gilt, richtig aufzuklären. Es gilt, konsequent hart zu bestrafen. Es gilt, Recht durchzusetzen. Regeln, die bestehen, müssen angewendet werden. Jegliche Vollzugsfehler müssen aufgeklärt werden. Und ja, da, wo es Lücken im Strafrecht gibt, müssen sie auch geschlossen werden. – Wir sind dazu bereit. Wir sind dazu auch geschäftsbereit. Aber wir können nicht mit neuen Vorschlägen reagieren, die gegen Recht verstoßen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns selbst an unser Recht halten. Wir müssen uns an das Europarecht halten. Der Fünf-Punkte-Plan der Union tut das eben nicht. Und wenn Sie, Herr Dobrindt, sagen, es sei kein Tabubruch, das Richtige zu tun: Es ist eben nicht das Richtige, wenn man mit den eigenen Vorschlägen gegen Europarecht, gegen das Grundgesetz, gegen höherrangiges Recht verstößt. Und es ist auch nicht das Richtige, etwas mit denjenigen beschließen zu wollen, die immer wieder gegen diese Regeln, gegen das Grundgesetz und gegen die Würde des Menschen eintreten, auftreten und hetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Es wurde mehrfach in der Debatte gesagt: Die fünf Punkte können nicht umgesetzt werden, und sie würden auch nicht mehr Sicherheit schaffen. Wir können nicht an den Grenzen zurückweisen. Es gibt dafür ein europäisches System, ein geordnetes Verfahren. – Ja, das muss reformiert werden. Das machen wir auch mit GEAS. Aber wir müssen dann doch das Recht ändern und nicht gegen das Recht verstoßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie, Herr Merz, als Vorsitzender der CDU, als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, als einer, der in seinen Ämtern in den Fußstapfen von Konrad Adenauer und von Helmut Kohl steht, zwei großen Europäern, können doch nicht die Sicherheit in Europa und den Zusammenhalt in Europa durch Ihr Handeln so gefährden.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das Gegenteil ist richtig!)

Denn wenn wir uns nicht mehr an europäisches Recht halten, dann tun es alle anderen auch nicht mehr, und dann gefährdet das auch die Sicherheit unseres Landes.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch als CDU-Vorsitzender nicht richtig.

(Zuruf von der CDU/CSU: Oijoi!)

Die Europäische Union hat uns Sicherheit und Einigkeit gebracht. Das ist an keinem Tag so deutlich wie am heutigen, nach der Gedenkstunde, die wir eben hatten. Nach dem Gedenken an die Shoah. An welchem Tag ist es deutlicher, dass Demokraten für Recht und Rechts-

Sonja Eichwede

- (A) staatlichkeit eintreten müssen? An welchem Tag ist es deutlicher, dass Demokraten bereit sein müssen, mit Demokraten Kompromisse einzugehen, statt zu sagen: „Es ist das oder nichts anderes“? An welchem Tag ist es deutlicher, dass Demokraten mit Demokraten stimmen müssen, weil sie sonst diejenigen, die unsere Demokratie kaputtmachen, normalisieren?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Wir streiten für einen gut ausgestatteten Rechtsstaat. Wir wollen ihn stärken. Wir wollen bessere Regeln schaffen. Aber wir wollen das auf der Grundlage des Rechts und des Rechtsstaates, wie wir ihn haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Schau mal ins Gesetzbuch!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Thomas Seitz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Thomas Seitz (fraktionslos):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt, im Jahr 2025, reden wir über die schrecklichen Gewalttaten wie die in Mannheim, Solingen, Magdeburg oder Aschaffenburg. Warum wurde diese Debatte nicht schon 2018 geführt, nach dem Mord an der 14-jährigen Susanna durch einen Iraker oder 2017 nach dem Mord an der 15-jährigen Mia durch einen Afghanen oder 2016 nach dem Mord an der 19-jährigen Maria durch einen Afghanen? Die Antwort: Heute gärt es in der Bevölkerung, und die Zustimmung zur AfD steigt und steigt. Denn die Altparteien reagieren nicht, weil zu viel Blut geflossen ist, sondern weil die Wahl bevorsteht.

Jetzt geben sich die Altparteien betroffen und erschüttert. Dabei ist das Erstaunliche am Terror von Magdeburg nicht, dass er passiert ist, sondern dass es acht Jahre gedauert hat, bis der Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt einen Nachahmer gefunden hat.

Die Mitschuld am Blut der Opfer trifft die Altparteien, die den Kurs von Frau Merkel, Deutschland mit Migranten zu fluten, mitgetragen haben, ganz egal, ob aus Überzeugung oder aus Opportunismus. Wer der Union ihr lautes „Haltet den Dieb!“ glaubt und Herrn Merz wählt, ist selbst schuld, wenn das Morden weitergeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schön, wenn man mit Ihnen gemeinsame Mehrheiten hat!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Stefan Seidler.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Stefan Seidler (fraktionslos):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wahlkampf erlebt in diesen Tagen eine gefährliche Entwicklung. Die berechtigten Sorgen der Menschen um die Sicherheit in unserem Land werden zum Spielball populistischer Wahlkampfrhetorik. Tragische Vorfälle werden instrumentalisiert, um mit unwürdigen Schnellschüssen die Umfragewerte zu verbessern. Das ist unverantwortliche Symbolpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Die Union übernimmt die Forderungen von rechts außen nach dauerhaften Kontrollen an allen deutschen Grenzen, mehr Abschiebehaft und pauschalen Zurückweisungen.

(Zuruf von der AfD)

Unterm Strich: Das ist die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Dabei ist doch klar: Statt Panikmache und Abschottungsfantasien müssen wir endlich unser Asylsystem besser aufstellen

(Zuruf von der CDU/CSU)

und eine Politik gestalten, die Sicherheit und Menschlichkeit vereint,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

eine Politik, die Integration ermöglicht, schwierige Fälle frühzeitig erkennbar macht und Sicherheits- und Asylbehörden stärkt, statt sie mit Aufgaben zu überlasten.

Die Flüchtlingsarbeit der Kommunen und Länder muss endlich besser finanziert werden, damit eben die schwierigen Fälle nicht durch das Raster fallen. Also die Ursachen vor Ort bekämpfen statt Placebos.

(Beifall des Abg. Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Statt unnötiger Grenzkontrollen müssen wir unsere Bundespolizei vernünftig ausstatten. Da müssen wir doch investieren: in moderne Polizeizusammenarbeit in Europa.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen erwarten, dass Staat und Politik sich für die Sicherheit aller in unserem Land einsetzen. Lassen Sie uns für Lösungen einstehen, die rechtlich sauber, pragmatisch und vor allem menschenwürdig sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) Wir kommen zu den Entschließungsanträgen. Es liegen eine Reihe von **Erklärungen** nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.¹⁾

Wir beginnen zunächst mit der einfachen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 20/14713. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die FDP-Fraktion und das BSW. Wer stimmt dagegen? – Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Unionsfraktion und die Gruppe Die Linke. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/14701. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? –

(Stephan Brandner [AfD]: Das Kartell!)

Das sind SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Gruppe Die Linke. Wer enthält sich? – Das Bündnis Sahra Wagenknecht enthält sich. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu zwei Entschließungsanträgen der Fraktion der CDU/CSU. Die Fraktion der AfD hat bezüglich beider Entschließungsanträge jeweils die Teilung der Frage beantragt. Die Fraktion der CDU/CSU hat bereits angekündigt, den Teilungen der Fragen zu widersprechen. Das Wort hat hierzu Herr Dr. Baumann gewünscht. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

(B) **Dr. Bernd Baumann (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit wir im Parlament sind als AfD, fordern wir eine strikte Wende in der Migrationspolitik, vor allem umfassende Grenzkontrollen und eine Zurückweisung aller Asylmigranten an unseren Grenzen,

(Beifall bei der AfD)

dazu umfassende Abschiebehaft, stärkere Befugnisse für die Bundespolizei und anderes mehr.

Die Union hat all diese Punkte immer strikt abgelehnt. Heute, vier Wochen vor der Bundestagswahl, legt sie plötzlich diese Forderungen selbst zur Abstimmung vor. Meine Damen und Herren, wir stimmen all diesen Punkten zu; denn es sind und waren ja schon immer unsere Punkte.

(Beifall bei der AfD – Dr. Joe Weingarten [SPD], an die CDU/CSU gewandt: Das sind eure neuen Freunde!)

Und was macht die Union jetzt? Sie bauen in Ihren Antrag einen Passus ein, mit dem Sie die AfD übelst verleumden und diffamieren sowie aktiv Falschmeldungen verbreiten. Sie schmähen damit genau die Partei, von der Sie ja abgeschrieben und alles übernommen haben. Wie armselig ist das denn?

(Beifall bei der AfD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürger draußen müssen jetzt aber wissen, warum wir diesem Antrag trotz aller Herabsetzung zustimmen. Der Grund dafür ist einfach: Er heißt: Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Wir gehen anders an die Dinge heran als Union, SPD und Grüne. Uns geht es nicht um niederträchtige Parteitaktik.

(Lachen bei der SPD)

Uns geht es um Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur durch unsere Zustimmung können hier endlich neue Mehrheiten entstehen – Mehrheiten, die eine echte Migrationswende durchsetzen können; Mehrheiten, die Morde, Vergewaltigungen und andere Straftaten verhindern können; Mehrheiten, die gut sind für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Baumann, wollen Sie noch was sagen zur Geschäftsordnung und zur Teilung der Fragen?

Dr. Bernd Baumann (AfD):

Meine Damen und Herren von der Union, Sie mögen uns beschimpfen, erniedrigen, dämonisieren – wir stimmen für Deutschland!

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Baumann, wollen Sie noch was sagen zur Teilung der Fragen? Das war ja eigentlich der Anlass.

Dr. Bernd Baumann (AfD):

Ihren zweiten Antrag mit den 27 Punkten lehnen wir ab. Hier vermischen Sie sinnvolle Maßnahmen mit einem Einstieg in den Überwachungsstaat. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben uns hier die getrennte Abstimmung über die sinnvollen und die schädlichen Teile verweigert. Die Gewährung getrennter Abstimmungen ist aber parlamentarischer Brauch seit Jahrzehnten. Den brechen Sie. Das zeigt doch, wes Geistes Kind Sie sind. Sie täuschen, tricksen, verbreiten Lügen, und dafür wird der Wähler Sie bestrafen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Es sieht so aus, als ob es eine weitere Wortmeldung gibt, und zwar des Kollegen Frei für die Unionsfraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

¹⁾ Anlagen 2 bis 5

(A) **Thorsten Frei** (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur weil man etwas Falsches ständig wiederholt, wird es nicht richtig und nicht besser.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie kennen sich ja aus!)

Die Frau Präsidentin hat es angekündigt: Unsere Fraktion wird einer Teilung der Frage nach § 47 der Geschäftsordnung des Bundestages widersprechen. Die Anträge, die wir heute zur Abstimmung stellen, sind ein Gesamtkonzept, mit dem wir eine Wende in der Migrations- und Sicherheitspolitik erreichen wollen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Gesamtkonzept! – Lachen bei der AfD)

Deshalb geht es jetzt nicht um Stückwerk, sondern es geht jetzt um Entschlossenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht hier nicht nur um ein Gesamtkonzept in der Sache, sondern es geht auch um ein Gesamtkonzept in der politischen Zielrichtung. Eines muss ich hier einfach zitieren; deshalb lese ich mal kurz die Passage vor, worum es der AfD geht und weswegen sie eine Teilung der Frage beantragt:

„Wer die illegale Migration bekämpft, entzieht auch Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage. Die AfD nutzt Probleme, Sorgen und Ängste, die durch die massenhafte illegale Migration entstanden sind, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Verschwörungstheorien in Umlauf zu bringen.“

(B)

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Blödsinn! Blödsinn! – Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

„Sie will, dass Deutschland aus EU und Euro austritt und sich stattdessen Putins Eurasischer Wirtschaftsunion zuwendet. All das gefährdet Deutschlands Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb ist diese Partei kein Partner, sondern unser politischer Gegner.“

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der AfD)

Das ist Bestandteil unseres politischen Gesamtkonzeptes.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das sind unsere Programmpunkte!)

Es zeigt unsere Haltung und unser Ziel. Wir werben um Zustimmung aus der Mitte dieses Hauses und nicht um Ihre Zustimmung.

Deswegen möchte ich den Kollegen der SPD sagen: Wer die Probleme nicht löst, der schafft den Nährboden für Populisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und die, die die Probleme sehenden Auges verschärfen, so wie es die Grünen machen, die schütten Öl ins Feuer. Damit tragen Sie Verantwortung für all das,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie tragen Verantwortung!)

was Sie uns vorgeworfen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssen Sie schon selbst verantworten, was Sie heute tun mit der AfD! – Gegenruf des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, das können wir sehr gut, Frau Haßelmann! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut? Den Eindruck habe ich nicht!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ist sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen.

Die Fraktion der CDU/CSU hat den Teilungen der Fragen widersprochen, und wir stimmen über die beiden Entschließungsanträge jeweils im Ganzen ab. Die Fraktion der CDU/CSU hat jeweils namentliche Abstimmung verlangt, die wir direkt hintereinander während der Regierungsbefragung durchführen. Ich bitte Sie also, zu beachten, dass Sie nicht das Haus verlassen, sondern bereit sein sollten, nach 20 Minuten direkt die nächste namentliche Abstimmung vorzunehmen. Sie haben zur Abgabe Ihrer Stimme nach Eröffnung der Abstimmung 20 Minuten Zeit. Das heißt, ich schließe die Abstimmung um 17.01 Uhr.

Die Schriftführerinnen und Schriftführer haben bereits ihre Plätze eingenommen; vielen Dank dafür. Die Urnen sind besetzt. Damit eröffne ich die erste namentliche Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/14698. Ich gebe Ihnen nachher noch einmal das Ende bekannt. Um 17.01 Uhr schließe ich diese Abstimmung.¹⁾

Ich warte jetzt noch einen kleinen Moment, bis ich mit der Befragung der Bundesregierung beginne, damit die Minister hier auch Menschen vorfinden. – Ich würde jetzt gerne mit der Befragung der Bundesregierung beginnen und würde Sie bitten, Platz zu nehmen oder Gespräche zu verlagern. – Vielen Dank.

Ich warte noch einen kleinen Moment, weil anscheinend noch mehr Menschen reinkommen und sich an der Befragung beteiligen wollen. Das soll möglich sein. Wenn Sie das noch ein bisschen schneller machen, ist es umso besser. Bei uns zu Hause heißt das: Fix, die Waldfee! – Herzlichen Dank.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat für die heutige Befragung den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Herrn Cem Özdemir, sowie die Bundesministerin für

¹⁾ Ergebnis Seite 27074 D

Bundesminister Cem Özdemir

- (A) Bundesverfassungsgerichtsurteil musste ein Beitrag geleistet werden, damit wir hier eine verlässliche Finanzierung haben. Ich würde mal sagen: Es ist ja nach wie vor so, dass ein Teil der Mittel unserer Fischerei zugutekommt. Sie kennen den runden Tisch und das, was wir da machen. Wichtig ist hier neben der Höhe vor allem die Verlässlichkeit – das heißt, dass die Finanzierung über die Jahre hinweg weiterläuft. Dafür setze ich mich ein. Meine Nachfolger werden es sicherlich auch machen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Danke sehr. – Herr Stegemann.

Albert Stegemann (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Ich komme noch einmal zurück auf die Ursprungsfrage: Tierhaltung. Ich will noch mal auf das Förderprogramm eingehen, das sich nun ausschließlich auf die höchsten Tierwohlstufen bezieht. Ausschließlich die Tierhaltungsstufen 3 – im alten System – und 4 werden gefördert, obwohl wir nachweislich die Situation haben, dass damit nur 2 Prozent des Marktes abgedeckt werden. Die Nachfrage ist also nicht da.

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben gesehen, dass in Zeiten der Inflation die Nachfrage nach höherpreisigen Lebensmitteln sogar zurückgegangen ist. Kann man hier nicht zumindest zu der Erkenntnis kommen, dass das BMEL eine – sagen wir mal – Marktferne entwickelt hat, dass sich das nicht am Markt platzieren lässt?

(B)

Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Bildung und Forschung:

Herr Kollege Stegemann, ich glaube, Sie lesen wie auch ich in den Tageszeitungen die Anzeigen des LEH. Nur macht der LEH im Gegensatz zu mir nicht noch zusätzlich ein Programm dafür; er macht nicht noch zusätzlich ein Herkunftskennzeichen. Der LEH sagt einfach: Ab 2025 nur noch diese Haltungsstufen, ab 2030 ausschließlich. – Das ist der Weg des LEH; das ist das, was auf die Landwirtschaft zukommt. Mein Weg ist, gemeinsam mit der Landwirtschaft mit finanziellen Hilfen dafür zu sorgen, dass künftig nicht mehr die Tiere an die Ställe angepasst werden, sondern umgekehrt. Ich sage Ihnen noch was: Die Mehrzahl der Landwirte will das auch, sie ist bereit dazu; aber sie darf dabei nicht allein gelassen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Ulrike Harzer.

Ulrike Harzer (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Bundesminister Özdemir. – Herr Özdemir, es ist unbestritten, dass die Bürokratie für die Landwirtschaft und auch für die vor- und nachgelagerten Industrien eine enorme Last darstellt. In unserer Kleinen

Anfrage hatten wir nach der konkreten Höhe der Belastungen gefragt, allerdings keine Antwort bekommen. Deswegen möchte ich es hier noch mal gerne konkretisieren und frage Sie, welches Einsparpotenzial in dem Bereich möglich wäre, wenn Auflagen harmonisiert, notwendige Dokumentationen digitalisiert, unverhältnismäßige Auflagen und bürokratische Anforderungen abgeschafft würden und keine neue Bürokratie eingeführt würde – national und ebenso auf EU-Ebene.

(C)

Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Bildung und Forschung:

Vielen Dank für die Frage. – Wir haben ja ein paar Sachen auf den Weg gebracht, auch manche alte Forderung der Landwirtschaft umgesetzt. Denken Sie an GLÖZ-8, die Stilllegung von 4 Prozent der Fläche. Das ist natürlich ein Beitrag, der an der Stelle hilft. Auch die Länder haben – dafür will ich mich ausdrücklich bedanken – gemeinsam mit dem Bund Vorschläge zur Entbürokratisierung gemacht. Wir haben die Liste abgearbeitet und mal geschaut, was direkt unseren Bereich, die Bundesebene, betrifft. Das sind 74 Vorschläge in unserem Bereich, 38 davon – also mehr als die Hälfte – sind bereits in kürzester Zeit umgesetzt worden; an den anderen sind wir dran. Wir haben aber auch die Verbände und den Handel aufgefordert, Vorschläge zu machen. Auch da sind wir gerade dran, die Regelungsdichte abzuschaufen.

Sie haben völlig recht: Die Digitalisierung ist unser Freund, unser Verbündeter. Und lassen Sie mich an der Stelle sagen: Das sind ja nicht nur die Erfolge des Bundeslandwirtschaftsministers; das haben auch Sie – zumindest am Anfang, als Sie noch in der Koalition waren – mitverfolgt. Erfolgreich wird es aber nur, wenn Länder, Bund und Europa zusammenarbeiten; auch das will ich an der Stelle sagen. Wenn man gegeneinander arbeitet, kriegt man nichts hin.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank.

Ich würde jetzt zu dem vorherigen Tagesordnungspunkt zurückkommen und Ihnen die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen** über beide Entschließungsanträge gern bekannt geben:

Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zu aktuellen innenpolitischen Themen auf Drucksache 20/14698. Es wurden abgegeben 703 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 348, mit Nein haben gestimmt 345, es gab 10 Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag angenommen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unfassbar! – Britta Habelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die AfD feiert! – Zuruf von der SPD: Herr Merz, das ist Ihr Werk! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wirklich Ihr Werk, Herr Merz!)

(A)	Endgültiges Ergebnis			(C)
	Abgegebene Stimmen: 702;	Fritz Güntzler	Florian Müller	Dr. Maria-Lena Weiss
	davon	Olav Gutting	Sepp Müller	Ingo Wellenreuther
	ja: 348	Christian Haase	Carsten Müller	Kai Whittaker
	nein: 344	Florian Hahn	(Braunschweig)	Dr. Klaus Wiener
	enthalten: 10	Jürgen Hardt	Dr. Stefan Nacke	Bettina Margarethe
		Matthias Hauer	Petra Nicolaisen	Wiesmann
		Dr. Stefan Heck	Wilfried Oellers	Klaus-Peter Willsch
		Mechthild Heil	Moritz Oppelt	Elisabeth Winkelmeier-
		Mark Helfrich	Florian Oßner	Becker
		Marc Henrichmann	Josef Oster	Tobias Winkler
		Ansgar Heveling	Henning Otte	Mechthilde Wittmann
		Susanne Hierl	Ingrid Pahlmann	Mareike Wulf
		Christian Hirte	Dr. Stephan Pilsinger	Emmi Zeulner
		Alexander Hoffmann	Dr. Christoph Ploß	Paul Ziemiak
		Dr. Hendrik Hoppenstedt	Dr. Martin Plum	Nicolas Zippelius
		Franziska Hoppermann	Thomas Rachel	
		Hubert Hüppe	Kerstin Radomski	
		Erich Irlstorfer	Alexander Radwan	FDP
		Anne Janssen	Alois Rainer	Valentin Abel
		Thomas Jarzombek	Dr. Peter Ramsauer	Katja Adler
		Andreas Jung	Henning Rehbaum	Muhanad Al-Halak
		Anja Karliczek	Dr. Markus Reichel	Christine Aschenberg-
		Dr. Stefan Kaufmann	Josef Rief	Dugnus
		Ronja Kemmer	Lars Rohwer	Christian Bartelt
		Michael Kießling	Dr. Norbert Röttgen	Nicole Bauer
		Dr. Georg Kippels	Stefan Rouenhoff	Jens Beeck
		Dr. Ottilie Klein	Thomas Röwekamp	Ingo Bodtke
		Volkmar Klein	Erwin Rüdell	Friedhelm Boginski
		Julia Klöckner	Albert Rupprecht	Mario Brandenburg
		Axel Knoerig	Catarina dos Santos-Wintz	(Südpfalz)
		Jens Koeppen	Dr. Christiane Schenderlein	Sandra Bubendorfer-Licht
		Anne König	Jana Schimke	Dr. Marco Buschmann
		Markus Koob	Patrick Schnieder	(D)
		Carsten Körber	Nadine Schön	Karlheinz Busen
		Gunther Krichbaum	Felix Schreiner	Carl-Julius Cronenberg
		Dr. Günter Krings	Detlef Seif	Bijan Djir-Sarai
		Tilman Kuban	Melis Sekmen	Christian Dürr
		Ulrich Lange	Thomas Silberhorn	Dr. Marcus Faber
		Armin Laschet	Björn Simon	Daniel Föst
		Dr. Silke Launert	Tino Sorge	Otto Fricke
		Jens Lehmann	Jens Spahn	Maximilian Funke-Kaiser
		Paul Lehrieder	Katrin Staffler	Martin Gassner-Herz
		Dr. Katja Leikert	Dr. Wolfgang Stefinger	Knut Gerschau
		Dr. Andreas Lenz	Albert Stegemann	Fabian Griewel
		Andrea Lindholz	Johannes Steiniger	Nils Gründer
		Dr. Carsten Linnemann	Christian Freiherr von	Julian Grünke
		Patricia Lips	Stetten	Thomas Hacker
		Bernhard Loos	Dieter Stier	Philipp Hartewig
		Dr. Jan-Marco Luczak	Stephan Stracke	Ulrike Harzer
		Daniela Ludwig	Max Straubinger	Peter Heidt
		Klaus Mack	Christina Stumpp	Markus Herbrand
		Dr. Astrid Mannes	Dr. Hermann-Josef Tebroke	Torsten Herbst
		Andreas Mattfeldt	Hans-Jürgen Thies	Katja Hessel
		Stephan Mayer (Altötting)	Alexander Throm	Dr. Gero Clemens Hocker
		Volker Mayer-Lay	Markus Uhl	Manuel Höferlin
		Dr. Michael Meister	Dr. Volker Ullrich	Dr. Christoph Hoffmann
		Friedrich Merz	Kerstin Vieregge	Reinhard Houben
		Jan Metzler	Dr. Oliver Vogt	Olaf in der Beek
		Dr. Mathias Middelberg	Christoph de Vries	Gyde Jensen
		Dietrich Monstadt	Dr. Johann David Wadephul	Dr. Ann-Veruschka Jurisch
		Maximilian Mörseburg	Nina Warken	Karsten Klein
		Axel Müller	Dr. Anja Weisgerber	
(B)				
	Ja			
	CDU/CSU			
	Knut Abraham			
	Stephan Albani			
	Norbert Maria Altenkamp			
	Philipp Amthor			
	Artur Auernhammer			
	Peter Aumer			
	Dorothee Bär			
	Thomas Bareiß			
	Melanie Bernstein			
	Peter Beyer			
	Marc Biadacz			
	Steffen Bilger			
	Simone Borchartd			
	Michael Brand (Fulda)			
	Dr. Reinhard Brandl			
	Dr. Helge Braun			
	Silvia Breher			
	Sebastian Brehm			
	Heike Brehmer			
	Michael Breilmann			
	Ralph Brinkhaus			
	Dr. Carsten Brodesser			
	Dr. Marlon Bröhr			
	Dr. Yannick Bury			
	Gitta Connemann			
	Mario Czaja			
	Astrid Damerow			
	Alexander Dobrindt			
	Michael Donth			
	Hansjörg Durz			
	Ralph Edelhäußer			
	Alexander Engelhard			
	Martina Enghardt-Kopf			
	Thomas Erndl			
	Hermann Färber			
	Uwe Feiler			
	Enak Ferlemann			
	Alexander Föhr			
	Thorsten Frei			
	Dr. Hans-Peter Friedrich			
	(Hof)			
	Michael Frieser			
	Ingo Gädechens			
	Dr. Thomas Gebhart			
	Dr. Jonas Geissler			
	Fabian Gramling			
	Dr. Ingeborg Gräßle			
	Hermann Gröhe			
	Michael Grosse-Brömer			
	Markus Grübel			
	Manfred Grund			
	Oliver Grundmann			
	Serap Güler			

(A)	<p>Daniela Kluckert Pascal Kober Dr. Lukas Köhler Michael Kruse Wolfgang Kubicki Jürgen Lenders Dr. Thorsten Lieb Christian Lindner Oliver Luksic Till Mansmann Christoph Meyer Maximilian Mordhorst Alexander Müller Frank Müller-Rosentritt Claudia Raffelhüschen Dr. Volker Redder Bernd Reuther Christian Sauter Frank Schäffler Anja Schulz Matthias Seestern-Pauly Dr. Stephan Seiter Rainer Semet Judith Skudelny Bettina Stark-Watzinger Konrad Stockmeier Benjamin Strasser Linda Teuteberg Jens Teutrine Stephan Thomae Nico Tippelt Manfred Todtenhausen</p>	<p>Dietmar Friedhoff Markus Frohnmaier Dr. Götz Frömming Dr. Alexander Gauland Albrecht Glaser Hannes Gnauck Kay Gottschalk Mariana Iris Harder-Kühnel Jochen Haug Martin Hess Karsten Hilde Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Stefan Keuter Norbert Kleinwächter Enrico Komning Jörn König Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Rüdiger Lucassen Mike Moncsek Matthias Moosdorf Volker Münz Sebastian Münzenmaier Edgar Naujok Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Jürgen Pohl Stephan Protschka Martin Erwin Renner Frank Rinck Dr. Rainer Rothfuß Bernd Schattner Ulrike Schielke-Ziesing Manfred Schiller Eugen Schmidt Jan Wenzel Schmidt Jörg Schneider Uwe Schulz Martin Sichert René Springer Klaus Stöber Beatrix von Storch Dr. Alice Weidel Dr. Harald Weyel Wolfgang Wiehle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak Kay-Uwe Ziegler</p>	<p>Dr. Dirk Spaniel</p> <p>Nein</p> <p>SPD</p> <p>Sanae Abdi Adis Ahmetovic Reem Alabali-Radovan Dagmar Andres Niels Annen Johannes Arlt Heike Baehrens Ulrike Bahr Daniel Baldy Nezahat Baradari Sören Bartol Alexander Bartz Bärbel Bas Dr. Holger Becker Jürgen Berghahn Bengt Bergt Jakob Blankenburg Leni Breymaier Katrin Budde Isabel Cademartori Dujisin Dr. Lars Castellucci Jürgen Coße Bernhard Daldrup Hakan Demir Dr. Daniela De Ridder Dr. Karamba Diaby Jan Dieren Esther Dilcher Sabine Dittmar Felix Döring Falko Droßmann Axel Echeverria Sonja Eichwede Heike Engelhardt Dr. Wiebke Esdar Saskia Esken Dr. Johannes Fechner Sebastian Fiedler Dr. Edgar Franke Fabian Funke Michael Gerdes Martin Gerster Angelika Glöckner Kerstin Griese Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Sebastian Hartmann Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Frauke Heiligenstadt Gabriela Heinrich Wolfgang Hellmich Anke Hennig Nadine Heselhaus Heike Heubach Thomas Hitschler</p>	(C)
(B)	<p>Dr. Florian Toncar Dr. Andrew Ullmann Gerald Ullrich Johannes Vogel Tim Wagner Sandra Weeser Nicole Westig Katharina Willkomm</p> <p>AfD</p> <p>Carolin Bachmann Dr. Christina Baum Dr. Bernd Baumann Roger Beckamp Barbara Benkstein Marc Bernhard Andreas Bleck René Bochmann Peter Boehringer Gereon Bollmann Dirk Brandes Stephan Brandner Jürgen Braun Marcus Bühl Tino Chrupalla Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz Thomas Ehrhorn Dr. Michael Espendiller Peter Felser</p>	<p>Fraktionslos</p> <p>Joana Cotar Robert Farle Matthias Helferich Johannes Huber Thomas Seitz</p>	<p>Angela Hohmann Jasmina Hostert Verena Hubertz Markus Hümpfer Frank Junge Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Elisabeth Kaiser Macit Karaahmetoğlu Carlos Kasper Anna Kassautzki Gabriele Katzmarek Dr. Franziska Kersten Helmut Kleebank Dr. Kristian Klinck Lars Klingbeil Annika Klose Tim Klüssendorf Dr. Bärbel Kofler Simona Koß Anette Kramme Dunja Kreiser Martin Kröber Kevin Kühnert Sarah Lahrkamp Andreas Larem Dr. Karl Lauterbach Sylvia Lehmann Kevin Leiser Luiza Licina-Bode Esra Limbacher Helge Lindh Bettina Lugk Thomas Lutze Dr. Tanja Machalet Isabel Mackensen-Geis Erik von Malottki Holger Mann Dr. Zanda Martens Dorothee Martin Parsa Marvi Franziska Mascheck Katja Mast Andreas Mehlretter Dirk-Ulrich Mende Robin Mesarosch Kathrin Michel Dr. Matthias Miersch Matthias David Mieves Susanne Mittag Claudia Moll Siemtje Möller Bettina Müller Michael Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Rasha Nasr Brian Nickholz Dietmar Nietan</p>	(D)

- | | | | | | |
|-----|--|---|---|---|-----|
| (A) | <p>Jörg Nürnberger
Josephine Ortleb
Mahmut Özdemir
(Duisburg)
Aydan Özoğuz
Dr. Christos Pantazis
Wiebke Papenbrock
Mathias Papendieck
Natalie Pawlik
Jens Peick
Christian Petry
Jan Plobner
Sabine Poschmann
Achim Post (Minden)
Martin Rabanus
Ye-One Rhie
Andreas Rimkus
Daniel Rinkert
Sönke Rix
Dennis Rohde
Sebastian Roloff
Dr. Martin Rosemann
Jessica Rosenthal
Michael Roth (Heringen)
Dr. Thorsten Rudolph
Tina Rudolph
Nadine Ruf
Bernd Rützel
Sarah Ryglewski
Johann Saathoff
Ingo Schäfer
Axel Schäfer (Bochum)</p> | <p>Carsten Träger
Anja Troff-Schaffarzyk
Derya Türk-Nachbaur
Frank Ullrich
Marja-Liisa Völlers
Emily Vontz
Dirk Vöpel
Dr. Carolin Wagner
Maja Wallstein
Hannes Walter
Carmen Wegge
Melanie Wegling
Dr. Joe Weingarten
Lena Werner
Bernd Westphal
Dirk Wiese
Dr. Herbert Wollmann
Gülistan Yüksel
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Armand Zorn
Katrin Zschau</p> | <p>Sabine Grützmacher
Dr. Robert Habeck
Britta Haßelmann
Linda Heitmann
Kathrin Henneberger
Bernhard Herrmann
Dr. Bettina Hoffmann
Dr. Anton Hofreiter
Ottmar von Holtz
Bruno Hönel
Dieter Janecek
Lamyia Kaddor
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Uwe Kekeritz
Michael Kellner
Katja Keul
Misbah Khan
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Chantal Kopf
Laura Kraft
Philip Krämer
Johannes F. Kretschmann
Jürgen Kretz
Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
Renate Künast
Markus Kurth
Ricarda Lang
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Anja Liebert
Helge Limburg
Dr. Tobias Lindner
Denise Loop
Max Lucks
Dr. Anna Lührmann
Dr. Zoe Mayer
Susanne Menge
Swantje Henrike Michaelsen
Dr. Irene Mihalic
Boris Mijatović
Claudia Müller
Sascha Müller
Beate Müller-Gemmeke
Sara Nanni
Dr. Ingrid Nestle
Dr. Ophelia Nick
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Karoline Otte
Cem Özdemir
Julian Pahlke
Lisa Paus
Dr. Paula Piechotta
Filiz Polat
Dr. Anja Reinalter
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer</p> | <p>Michael Sacher
Jamila Schäfer
Dr. Sebastian Schäfer
Ulle Schauws
Stefan Schmidt
Marlene Schönberger
Christina-Johanne Schröder
Kordula Schulz-Asche
Nyke Slawik
Merle Spellerberg
Dr. Till Steffen
Hanna Steinmüller
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Kassem Taher Saleh
Awet Tesfaiesus
Katrin Uhlig
Dr. Julia Verlinden
Niklas Wagener
Robin Wagener
Johannes Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Saskia Weishaupt
Stefan Wenzel
Tina Winklmann</p> | (C) |
| | | CDU/CSU | | | |
| | | BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN | | | |
| (B) | <p>Rebecca Schamber
Lucia Schanbacher
Johannes Schätzl
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Peggy Schierenbeck
Timo Schisanowski
Christoph Schmid
Dr. Nils Schmid
Uwe Schmidt
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Daniel Schneider
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Christian Schreider
Michael Schrodi
Svenja Schulze
Stefan Schwartze
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Lina Seitzl
Svenja Stadler
Dr. Ralf Stegner
Mathias Stein
Nadja Sthamer
Ruppert Stüwe
Claudia Tausend
Michael Thews
Markus Töns</p> | <p>Antje Tillmann</p> <p>Luise Amtsberg
Andreas Audreitsch
Maik Außendorf
Tobias B. Bacherle
Lisa Badum
Annalena Baerbock
Felix Banaszak
Karl Bär
Canan Bayram
Katharina Beck
Lukas Benner
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Frank Bsirske
Dr. Anna Christmann
Dr. Janosch Dahmen
Ekin Deligöz
Dr. Sandra Detzer
Katharina Dröge
Deborah Düring
Harald Ebner
Leon Eckert
Marcel Emmerich
Emilia Fester
Schahina Gambir
Matthias Gastel
Kai Gehring
Stefan Gelbhaar
Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Katrin Göring-Eckardt
Dr. Armin Grau
Erhard Grundl</p> | <p>Jürgen Kretz
Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
Renate Künast
Markus Kurth
Ricarda Lang
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Anja Liebert
Helge Limburg
Dr. Tobias Lindner
Denise Loop
Max Lucks
Dr. Anna Lührmann
Dr. Zoe Mayer
Susanne Menge
Swantje Henrike Michaelsen
Dr. Irene Mihalic
Boris Mijatović
Claudia Müller
Sascha Müller
Beate Müller-Gemmeke
Sara Nanni
Dr. Ingrid Nestle
Dr. Ophelia Nick
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Karoline Otte
Cem Özdemir
Julian Pahlke
Lisa Paus
Dr. Paula Piechotta
Filiz Polat
Dr. Anja Reinalter
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer</p> | <p>Die Linke</p> <p>Dr. Dietmar Bartsch
Matthias W. Birkwald
Clara Bünger
Jörg Cezanne
Anke Domscheit-Berg
Susanne Ferschl
Nicole Gohlke
Christian Görke
Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Susanne Hennig-Wellsow
Jan Korte
Ina Latendorf
Caren Lay
Ralph Lenkert
Dr. Gesine Löttsch
Cornelia Möhring
Petra Pau
Sören Pellmann
Victor Perli
Heidi Reichinnek
Martina Renner
Bernd Riexinger
Dr. Petra Sitte
Kathrin Vogler
Janine Wissler</p> | (D) |
| | | | | Fraktionslos | |
| | | | | Stefan Seidler
Dr. Volker Wissing | |

(A)	Enthalten	BSW	Christian Leye	Dr. Sahra Wagenknecht	(C)
	FDP	Sevim Dağdelen	Amira Mohamed Ali		
	Anikó Glogowski-Merten	Klaus Ernst	Jessica Tatti		
	Ulrich Lechte	Andrej Hunko	Alexander Ulrich		

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung zu der Vorlage auf Drucksache 20/14699: Hier wurden 702 Stimmkarten abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 190, mit Nein 509, es gab 3 Enthaltungen. Der Entschuldigungsantrag ist abgelehnt.

	Endgültiges Ergebnis	Uwe Feiler	Volkmar Klein	Henning Otte	
	Abgegebene Stimmen: 701;	Enak Ferlemann	Julia Klöckner	Ingrid Pahlmann	
	davon	Alexander Föhr	Axel Knoerig	Dr. Stephan Pilsinger	
	ja: 190	Thorsten Frei	Jens Koeppe	Dr. Christoph Ploß	
	nein: 508	Dr. Hans-Peter Friedrich	Anne König	Dr. Martin Plum	
	enthalten: 3	(Hof)	Markus Koob	Thomas Rachel	
	Ja	Michael Frieser	Carsten Körber	Kerstin Radomski	
	CDU/CSU	Ingo Gädechens	Gunther Krichbaum	Alexander Radwan	
	Knut Abraham	Dr. Thomas Gebhart	Dr. Günter Krings	Alois Rainer	
	Stephan Albani	Dr. Jonas Geissler	Tilman Kuban	Dr. Peter Ramsauer	
	Norbert Maria Altenkamp	Fabian Gramling	Ulrich Lange	Henning Rehbaum	
	Philipp Amthor	Dr. Ingeborg Gräßle	Armin Laschet	Dr. Markus Reichel	
(B)	Artur Auernhammer	Hermann Gröhe	Dr. Silke Launert	Josef Rief	
	Peter Aumer	Michael Grosse-Brömer	Jens Lehmann	Lars Rohwer	(D)
	Dorothee Bär	Markus Grübel	Paul Lehrieder	Dr. Norbert Röttgen	
	Thomas Bareiß	Manfred Grund	Dr. Katja Leikert	Stefan Rouenhoff	
	Melanie Bernstein	Oliver Grundmann	Dr. Andreas Lenz	Thomas Röwekamp	
	Peter Beyer	Serap Güler	Andrea Lindholz	Erwin Rüddel	
	Marc Biadacz	Fritz Güntzler	Dr. Carsten Linnemann	Albert Rupprecht	
	Steffen Bilger	Olav Gutting	Patricia Lips	Catarina dos Santos-Wintz	
	Simone Borhardt	Christian Haase	Bernhard Loos	Dr. Christiane Schenderlein	
	Michael Brand (Fulda)	Florian Hahn	Dr. Jan-Marco Luczak	Jana Schimke	
	Dr. Reinhard Brandl	Jürgen Hardt	Daniela Ludwig	Patrick Schnieder	
	Dr. Helge Braun	Matthias Hauer	Klaus Mack	Nadine Schön	
	Silvia Breher	Dr. Stefan Heck	Dr. Astrid Mannes	Felix Schreiner	
	Sebastian Brehm	Mechthild Heil	Andreas Mattfeldt	Detlef Seif	
	Heike Brehmer	Mark Helfrich	Stephan Mayer (Altötting)	Melis Sekmen	
	Michael Breilmann	Marc Henrichmann	Volker Mayer-Lay	Thomas Silberhorn	
	Ralph Brinkhaus	Ansgar Heveling	Dr. Michael Meister	Björn Simon	
	Dr. Carsten Brodesser	Susanne Hierl	Friedrich Merz	Tino Sorge	
	Dr. Marlon Bröhr	Christian Hirte	Jan Metzler	Jens Spahn	
	Dr. Yannick Bury	Alexander Hoffmann	Dr. Mathias Middelberg	Katrin Staffler	
	Gitta Connemann	Dr. Hendrik Hoppenstedt	Dietrich Monstadt	Dr. Wolfgang Stefinger	
	Mario Czaja	Franziska Hoppermann	Maximilian Mörseburg	Albert Stegemann	
	Astrid Damerow	Hubert Hüppe	Axel Müller	Johannes Steiniger	
	Alexander Dobrindt	Erich Irlstorfer	Florian Müller	Christian Freiherr von	
	Michael Donth	Anne Janssen	Sepp Müller	Stetten	
	Hansjörg Durz	Thomas Jarzombek	Carsten Müller	Dieter Stier	
	Ralph Edelhäuser	Andreas Jung	(Braunschweig)	Stephan Stracke	
	Alexander Engelhard	Anja Karliczek	Dr. Stefan Nacke	Max Straubinger	
	Martina Enghardt-Kopf	Dr. Stefan Kaufmann	Petra Nicolaisen	Christina Stumpp	
	Thomas Erndl	Ronja Kemmer	Wilfried Oellers	Dr. Hermann-Josef Tebroke	
	Hermann Färber	Michael Kießling	Moritz Oppelt	Hans-Jürgen Thies	
		Dr. Georg Kippels	Florian Oßner	Alexander Thom	
		Dr. Ottilie Klein	Josef Oster	Markus Uhl	

(A)	<p>Dr. Volker Ullrich Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Dr. Maria-Lena Weiss Ingo Wellenreuther Kai Whittaker Dr. Klaus Wiener Bettina Margarethe Wiesmann Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Wulf Emmi Zeulner Paul Ziemiak Nicolas Zippelius</p> <p>FDP</p> <p>Tim Wagner</p> <p>Fraktionslos</p> <p>Thomas Seitz Dr. Dirk Spaniel</p>	<p>Falko Droßmann Axel Echeverria Sonja Eichwede Heike Engelhardt Dr. Wiebke Esdar Saskia Esken Dr. Johannes Fechner Sebastian Fiedler Dr. Edgar Franke Fabian Funke Michael Gerdes Martin Gerster Angelika Glöckner Kerstin Griese Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Sebastian Hartmann Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Frauke Heiligenstadt Gabriela Heinrich Wolfgang Hellmich Anke Hennig Nadine Heselhaus Heike Heubach Thomas Hitschler Angela Hohmann Jasmina Hostert Verena Hubertz Markus Hümpfer Frank Junge Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Elisabeth Kaiser Macit Karaahmetoğlu Carlos Kasper Anna Kassautzki Gabriele Katzmarek Dr. Franziska Kersten Helmut Kleebank Dr. Kristian Klinck Lars Klingbeil Annika Klose Tim Klüssendorf Dr. Bärbel Kofler Simona Koß Anette Kramme Dunja Kreiser Martin Kröber Kevin Kühnert Sarah Lahrkamp Andreas Larem Dr. Karl Lauterbach Sylvia Lehmann Kevin Leiser Luiza Licina-Bode Esra Limbacher Helge Lindh Bettina Lugk Thomas Lutze Dr. Tanja Machalet Isabel Mackensen-Geis Erik von Malottki</p>	<p>Holger Mann Dr. Zanda Martens Dorothee Martin Parsa Marvi Franziska Mascheck Katja Mast Andreas Mehlretter Dirk-Ulrich Mende Robin Mesarosch Kathrin Michel Dr. Matthias Miersch Matthias David Mieves Susanne Mittag Claudia Moll Sientje Möller Bettina Müller Michael Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Rasha Nasr Brian Nickholz Dietmar Nietan Jörg Nürnberger Josephine Ortleb Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Dr. Christos Pantazis Wiebke Papenbrock Mathias Papendieck Natalie Pawlik Jens Peick Christian Petry Jan Plobner Sabine Poschmann Achim Post (Minden) Martin Rabanus Ye-One Rhie Andreas Rimkus Daniel Rinkert Sönke Rix Dennis Rohde Sebastian Roloff Dr. Martin Rosemann Jessica Rosenthal Michael Roth (Heringen) Dr. Thorsten Rudolph Tina Rudolph Nadine Ruf Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Ingo Schäfer Axel Schäfer (Bochum) Rebecca Schamber Lucia Schanbacher Johannes Schätzl Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Peggy Schierenbeck Timo Schisanowski Christoph Schmid</p>	(C)	<p>Dr. Nils Schmid Uwe Schmidt Dagmar Schmidt (Wetzlar) Daniel Schneider Carsten Schneider (Erfurt) Olaf Scholz Christian Schreider Michael Schrodi Svenja Schulze Stefan Schwartz Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Lina Seitzl Svenja Stadler Dr. Ralf Stegner Mathias Stein Nadja Sthamer Ruppert Stüwe Claudia Tausend Michael Thews Markus Töns Carsten Träger Anja Troff-Schaffarzyk Derya Türk-Nachbaur Frank Ullrich Marja-Liisa Völlers Emily Vontz Dirk Vöpel Dr. Carolin Wagner Maja Wallstein Hannes Walter Carmen Wegge Melanie Wegling Dr. Joe Weingarten Lena Werner Bernd Westphal Dirk Wiese Dr. Herbert Wollmann Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Armand Zorn Katrin Zschau</p> <p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>Luise Amtsberg Andreas Audretsch Maik Außendorf Tobias B. Bacherle Lisa Badum Annalena Baerbock Felix Banaszak Karl Bär Canan Bayram Katharina Beck Lukas Benner Dr. Franziska Brantner Agnieszka Brugger Frank Bsirske Dr. Anna Christmann Dr. Janosch Dahmen Ekin Deligöz</p>	(D)
(B)	<p>Nein</p> <p>SPD</p> <p>Sanae Abdi Adis Ahmetovic Reem Alabali-Radovan Dagmar Andres Niels Annen Johannes Arlt Heike Baehrens Ulrike Bahr Daniel Baldy Nezahat Baradari Sören Bartol Alexander Bartz Bärbel Bas Dr. Holger Becker Jürgen Berghahn Bengt Bergt Jakob Blankenburg Leni Breymaier Katrin Budde Isabel Cademartori Dujisin Dr. Lars Castellucci Jürgen Coße Bernhard Daldrup Hakan Demir Dr. Daniela De Ridder Dr. Karamba Diaby Jan Dieren Esther Dilcher Sabine Dittmar Felix Döring</p>					

(A)	<p>Dr. Sandra Detzer Katharina Dröge Deborah Düring Harald Ebner Leon Eckert Marcel Emmerich Emilia Fester Schahina Gambir Matthias Gastel Kai Gehring Stefan Gelbhaar Dr. Jan-Niclas Gesenhues Katrin Göring-Eckardt Dr. Armin Grau Erhard Grundl Sabine Grützmacher Dr. Robert Habeck Britta Haßelmann Linda Heitmann Kathrin Henneberger Bernhard Herrmann Dr. Bettina Hoffmann Dr. Anton Hofreiter Ottmar von Holtz Bruno Hönel Dieter Janecek Lamya Kaddor Dr. Kirsten Kappert-Gonther Uwe Kekeritz Michael Kellner Katja Keul</p>	<p>Dr. Ophelia Nick Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Karoline Otte Cem Özdemir Julian Pahlke Lisa Paus Dr. Paula Piechotta Filiz Polat Dr. Anja Reinalter Tabea Röbner Claudia Roth (Augsburg) Corinna Rüffer Michael Sacher Jamila Schäfer Dr. Sebastian Schäfer Ulle Schauws Stefan Schmidt Marlene Schönberger Christina-Johanne Schröder Kordula Schulz-Asche Nyke Slawik Merle Spellerberg Dr. Till Steffen Hanna Steinmüller Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Kassem Taher Saleh Awet Tesfaiesus Katrin Uhlig Dr. Julia Verlinden Niklas Wagener Robin Wagener Johannes Wagner Beate Walter-Rosenheimer Saskia Weishaupt Stefan Wenzel Tina Winklmann</p>	<p>Martin Gassner-Herz Knut Gerschau Anikó Glogowski-Merten Fabian Griewel Nils Gründer Julian Grünke Thomas Hacker Philipp Hartewig Ulrike Harzer Markus Herbrand Torsten Herbst Katja Hessel Dr. Gero Clemens Hocker Manuel Höferlin Dr. Christoph Hoffmann Reinhard Houben Olaf in der Beek Gyde Jensen Dr. Ann-Veruschka Jurisch Karsten Klein Daniela Kluckert Pascal Kober Dr. Lukas Köhler Michael Kruse Wolfgang Kubicki Ulrich Lechte Jürgen Lenders Dr. Thorsten Lieb Christian Lindner Oliver Luksic Kristine Lütke Till Mansmann Christoph Meyer Maximilian Mordhorst Alexander Müller Frank Müller-Rosentritt Claudia Raffelhüschen Dr. Volker Redder Bernd Reuther Christian Sauter Frank Schäffler Ria Schröder Anja Schulz Matthias Seestern-Pauly Dr. Stephan Seiter Rainer Semet Judith Skudelny Bettina Stark-Watzinger Konrad Stockmeier Benjamin Strasser Linda Teuteberg Jens Teutrine Stephan Thomae Nico Tippelt Manfred Todtenhausen Dr. Florian Toncar Dr. Andrew Ullmann Johannes Vogel Sandra Weeser Nicole Westig Katharina Willkomm</p>	(C)
	<p>FDP</p> <p>Valentin Abel Katja Adler Muhanad Al-Halak Christine Aschenberg-Dugnus Christian Bartelt Nicole Bauer Jens Beeck Ingo Bodtke Friedhelm Boginski Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar) Mario Brandenburg (Südpfalz) Sandra Bubendorfer-Licht Dr. Marco Buschmann Karlheinz Busen Carl-Julius Cronenberg Bijan Djir-Sarai Christian Dürr Dr. Marcus Faber Daniel Föst Otto Fricke Maximilian Funke-Kaiser</p>			
(B)	<p>Misbah Khan Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Chantal Kopf Laura Kraft Philip Krämer Johannes F. Kretschmann Jürgen Kretz Dr. Franziska Krumwiede-Steiner Renate Künast Markus Kurth Ricarda Lang Sven Lehmann Steffi Lemke Anja Liebert Helge Limburg Dr. Tobias Lindner Denise Loop Max Lucks Dr. Anna Lührmann Dr. Zoe Mayer Susanne Menge Swantje Henrike Michaelsen Dr. Irene Mihalic Boris Mijatović Claudia Müller Sascha Müller Beate Müller-Gemmeke Sara Nanni Dr. Ingrid Nestle</p>		<p>AfD</p> <p>Carolin Bachmann Dr. Christina Baum Roger Beckamp Barbara Benkstein Marc Bernhard René Bochmann Peter Boehringer Gereon Bollmann Dirk Brandes Stephan Brandner Jürgen Braun Marcus Bühl Tino Chrupalla Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz Thomas Ehrhorn Dr. Michael Esendiller Peter Felser Dietmar Friedhoff Markus Frohnmaier Dr. Götz Frömming Albrecht Glaser Hannes Gnauck Kay Gottschalk Mariana Iris Harder-Kühnel Jochen Haug Martin Hess Karsten Hilde Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Stefan Keuter Norbert Kleinwächter Enrico Komning Jörn König Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Rüdiger Lucassen Mike Moncsek Matthias Moosdorf Volker Münz Sebastian Münzenmaier Edgar Naujok Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Jürgen Pohl Stephan Protschka Martin Erwin Renner Frank Rinck Dr. Rainer Rothfuß Bernd Schattner Ulrike Schielke-Ziesing Manfred Schiller Eugen Schmidt Jan Wenzel Schmidt Jörg Schneider Uwe Schulz Martin Sichert</p>	(D)

(A)	René Springer Klaus Stöber Beatrix von Storch Dr. Alice Weidel Dr. Harald Weyel Wolfgang Wiehle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak Kay-Uwe Ziegler	Nicole Gohlke Christian Görke Dr. Gregor Gysi Dr. André Hahn Susanne Hennig-Wellsow Jan Korte Ina Latendorf Caren Lay Ralph Lenkert Dr. Gesine Lötzsch Cornelia Möhring Petra Pau Sören Pellmann Victor Perli Heidi Reichinnek Martina Renner Bernd Riexinger	Dr. Petra Sitte Kathrin Vogler Janine Wissler	Robert Farle Matthias Helferich Stefan Seidler Dr. Volker Wissing	(C)
	Die Linke Dr. Dietmar Bartsch Matthias W. Birkwald Clara Bünger Jörg Cezanne Anke Domscheit-Berg Susanne Ferschl		BSW Sevim Dağdelen Klaus Ernst Andrej Hunko Christian Leye Amira Mohamed Ali Jessica Tatti Alexander Ulrich Dr. Sahra Wagenknecht	Enthalten AfD Andreas Bleck Dr. Alexander Gauland	
			Fraktionslos Joana Cotar	Fraktionslos Johannes Huber	

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Es gibt den Wunsch nach einer Unterbrechung der Sitzung, und ich gebe das Wort an den Kollegen Mützenich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) **Dr. Rolf Mützenich** (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Im Namen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantrage ich die Unterbrechung des Plenums.

Wir sind der Überzeugung, Herr Kollege Merz, dass wir nicht so einfach zur Tagesordnung des Plenums übergehen können –

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht nach dieser Debatte, nach der Zäsur,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist Demokratie!)

nicht, nachdem die Union aus der politischen Mitte dieses Hauses ausgebrochen ist. Das geht nicht!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das ist unfassbar!)

Wir haben bis zum Schluss gewarnt.

Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen: Wir kehren ins Plenum zurück, und wir werden hier unsere Arbeit machen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist das Mindeste!)

Wir werden noch etwas für den Mutterschutz tun. Wir werden etwas zum Schutz von Frauen vor Gewalt tun.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Tun Sie was in der Migration!)

Wir werden uns nicht verabschieden aus unserer Verantwortung – wie andere. Wir lassen nicht andere im Stich und schon gar nicht die Demokratie, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken erheben sich – Lachen bei der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Was für eine Lüge! Was für eine Show! Was für eine blöde Show!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Friedrich Merz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pfui!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich bitte Sie um Ruhe. Danke sehr.

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Wenn Sie so viel Wert legen auf die Einhaltung demokratischer Regeln,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

dann wäre ich dankbar, wenn Sie auch die Regel einhalten, dass wir uns hier gegenseitig wenigstens kurz zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Friedrich Merz

- (A) Ich habe das bei Ihrem Kollegen Mützenich gemacht. Ich nehme das gleiche Recht auch für mich Ihnen gegenüber, gegenüber der SPD-Fraktion, in Anspruch.

Sie haben das Ergebnis der Abstimmung zur Kenntnis genommen. Wir auch. Wir haben am Freitag eine weitere Abstimmung vor uns. Diese Abstimmung betrifft einen Gesetzentwurf, der von uns im September des letzten Jahres in den Deutschen Bundestag eingebracht worden ist und der hier am Freitag zur Abstimmung steht.

Ich will wiederholen, was ich heute Nachmittag in meiner Rede gesagt habe: Ich suche in diesem Deutschen Bundestag keine anderen Mehrheiten als die in der demokratischen Mitte unseres Parlaments.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Stephan Brandner [AfD] – Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben eine andere bekommen gerade! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn es hier heute eine solche Mehrheit gegeben hat, dann bedaure ich das.

(Widerspruch bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Lachen bei der AfD – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war vorhersehbar! – Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie tragen die Verantwortung, Herr Merz! – Dr. Alice Weidel [AfD]: So was will Kanzlerkandidat sein!)

(B)

Ich unterbreite Ihnen aber für den kommenden Freitag das Angebot, dass wir – –

(Lars Klingbeil [SPD]: Sie glauben doch nicht, dass wir nach der Geschichte mit Ihnen jetzt noch zusammenarbeiten!)

– Herr Klingbeil, ich unterbreite Ihnen ein Angebot. Das können Sie annehmen oder ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie so viel Wert darauf legen, dass in der demokratischen Mitte dieses Parlaments gemeinsame Mehrheiten zustande kommen, dann fordere ich Sie auf, bis Freitag mit uns darüber zu sprechen,

(Stephan Brandner [AfD]: Der Fritze wieder!)

wie wir mit Ihnen zusammen eine Mehrheit für den von uns eingebrachten Gesetzentwurf hier im Deutschen Bundestag erzielen. Wenn Sie sich dieser Verantwortung entziehen, dann bleibt es Ihre Verantwortung, dass darüber keine Mehrheit zustande gekommen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Lars Klingbeil [SPD]: Unfassbar! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können vieles tun, aber Sie können frei gewählten Abgeordneten dieses Deutschen Bundestages und auch meiner Fraktion nicht das Recht absprechen, Anträge zur Abstimmung zu stellen, die wir in der Sache für richtig halten, auch wenn es Ihnen mit Ihrer Minderheit von SPD und Grünen im Deutschen Bundestag nicht gefällt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir nicht zulassen. Das habe ich in meiner Rede heute begründet. Und dabei wird es auch bis Freitag bleiben, es sei denn, Sie kommen zur Vernunft. Das Gesprächsangebot von mir steht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich bitte alle, sich so weit gegenseitig zuzuhören, dass alle verstehen können, was gesagt wird.

Das Wort hat Britta Haßelmann für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist ein historischer Tag,

(Stephan Brandner [AfD]: Ach was!)

und zwar im negativen Sinne.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn in diesem Parlament sind heute – vor dem Hintergrund unserer Geschichte –

(Zuruf von der FDP: Hätten Sie doch zugestimmt!)

zum ersten Mal wissentlich und sehenden Auges – Herr Merz, Sie haben das zu verantworten,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der Linken – Stephan Brandner [AfD]: Dramatisieren Sie doch nicht so!)

Sie und Ihre Fraktion – Mehrheiten jenseits der demokratischen Mitte gesucht und billigend in Kauf genommen worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der Linken)

Und das, meine Damen und Herren, verantwortet niemand anderes als Sie von CDU und CSU, die den Kurs so vorgegeben haben.

(Stephan Brandner [AfD]: Gehen Sie einfach nach Hause, Frau Haßelmann!)

Britta Haßelmann

(A) Ich finde es bemerkenswert, dass Sie sich hierhinstellen und über Freitag reden.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Worüber sonst?)

Ich rede über heute,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

und das schmerzt, meine Damen und Herren. Wer die feixenden Gesichter der AfD sieht,

(Stephan Brandner [AfD]: Wir freuen uns halt ein bisschen! Das ist ein Zustand, der Ihnen völlig fremd ist!)

des Rechtsaußen in diesem Parlament, der Rechten und zum Teil Rechtsradikalen und Rechtsextremen,

(Stephan Brandner [AfD]: Das war es mit Pädophilen und Päderasten!)

in deren Reihen Leute sind, die sogar sagen: „Ich bin das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ – Zitat Ende –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Blödsinn! Das ist doch Quatsch! Das gibt es nicht in unserer Fraktion!)

wer mit solchen Leuten Mehrheiten findet, kann doch nicht im Ernst so tun, als gingen wir jetzt zur Geschäftsordnung über, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der Linken)

(B)

Der Antrag der Union auf Drucksache 20/14698

(Stephan Brandner [AfD]: Das hässliche Gesicht der Grünen!)

hat abgegebene Stimmen 703,

(Stephan Brandner [AfD]: Sie haben auch mitgeschrieben!)

348 Jastimmen, das heißt eine Mehrheit, 345 Neinstimmen und 10 Enthaltungen.

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist Demokratie! Fertig!)

Herr Merz, damit würde ich mich beschäftigen, statt einen Appell – weil Sie jetzt merken, was Sie hier verursacht haben –

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

und eine Drohung an SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu richten.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Frau Haßelmann!)

Meine Damen und Herren, ich kann nur eins sagen: Niemand hat uns das Gespräch zu den vorliegenden Anträgen angeboten.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Künstliche Empörung!)

Nachdem ich von den Anträgen aus der Zeitung erfahren habe, habe ich eine E-Mail bekommen, in der stand: Prüfen, Bitte um Zustimmung. Da stand nicht: „Wir beraten“, wie wir, Rolf Mützenich, Katharina Dröge, es normalerweise in den Fraktionen der demokratischen Mitte machen.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie waren noch nie in der demokratischen Mitte, Frau Haßelmann!)

So war die Ausgangssituation, und die haben Sie zu verantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der Linken)

Und wenn man in die Gesichter der AfD sieht, dann weiß man, was heute passiert ist. Und dafür tragen Sie die Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der Linken)

Eins will ich noch an die Adresse der FDP sagen:

(Markus Frohnmaier [AfD]: Hat sie unbegrenzt Redezeit?)

Wer sich rechts von der CDU/CSU und der AfD einsortiert, –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Haßelmann, Sie müssen zum Ende kommen.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D) – muss nicht glauben, dass er für seine liberale Tradition rund um Gerhart Baum Zustimmung erfährt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf von der AfD: Ihre grüne Hetze!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dann kommt die FDP. – Bitte schön.

Judith Skudelny (FDP):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Haßelmann, ich hoffe, Sie haben für eine Sache Verständnis:

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Bei Ihnen nicht mehr!)

Meine Fraktion wird ihre Meinung zu Anträgen einer demokratischen Partei wie der CDU/CSU

(Stephan Brandner [AfD]: Das sind zwei Parteien!)

nicht von radikalen Parteien in diesem Haus abhängig machen. Demokratie heißt, eine freie, eigene, souveräne Entscheidung treffen zu können.

(Zurufe von der SPD)

Und das Gesprächsangebot an diese Hälfte des Hauses gab es im Sommer, als die Freien Demokraten noch Mitglied einer Ampelregierung waren. Damals haben wir den Schulterchluss mit der CDU gesucht, um nach So-

Judith Skudelny

- (A) lingen aus der Mitte heraus eine Antwort auf die Migrationsprobleme, die wir in Deutschland haben, gemeinsam zu finden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], auf die CDU/CSU zeigend: Die sind vom Tisch aufgestanden!)

Und die SPD, der damalige Kanzler einer Ampelregierung, hat dieses Gesprächsangebot abgelehnt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt nicht!)

Die Probleme sind nicht weniger geworden, sie sind vi-
renter geworden, und deswegen suchen die Menschen
eine Antwort in der Mitte.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Und für diese Antwort sind vor allem Sie alle gemeinsam
verantwortlich.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN], auf die CDU/CSU zeigend: Die sind
vom Tisch aufgestanden!)

Natürlich können Sie sich jetzt noch mal Gedanken
machen, wie weiter zu verfahren ist.

(Zurufe von der SPD)

Es würde mich freuen, wenn Sie mal nicht nur mit dem
Finger auf andere zeigen würden, sondern Sie selber jetzt
noch Lösungsvorschläge in dieses Haus einbringen wür-
den.

- (B) (Zuruf von der CDU/CSU: Ja, genau! Nicht
nur Weiter-so!)

Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –
Albert Stegemann [CDU/CSU], an die SPD
gewandt: Ihr wollt keine Lösung! Ihr habt es
nicht hinbekommen! Ihr habt versagt! – Ge-
genruf der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD]:
Alles gelogen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Baumann spricht für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Bernd Baumann (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist
wahrlich ein historischer Moment.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Merz, Sie haben geholfen, den hervorzubringen.
Und jetzt gehen Sie ans Mikrofon und stehen hier mit
schlotternden Knien

(Lachen des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

und bibbern und entschuldigen sich und bedauern das.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Nee! Gar nicht!)

Kanzlerformat war das nicht, Herr Merz!

(Beifall bei der AfD – Albert Stegemann
[CDU/CSU]: Wo waren Sie denn gerade?)

Denn in allen westlichen Ländern – in allen westlichen (C)
Ländern! – gibt es diese Gegenbewegung gegen den
links-grünen Mainstream: in den USA mit Trump, in Ita-
lien mit Meloni, in den Niederlanden mit Wilders, in
Österreich mit Kickl. Überall, in allen westlichen Län-
dern, und jetzt auch in Deutschland. Das ist eine breite
Bewegung des Bürgertums in allen westlichen Ländern.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Johannes
Huber [fraktionslos])

Die ist heute und hier in Deutschland angekommen. Das
bedeutet das Ende der rot-grünen Dominanz auch hier in
Deutschland – für immer!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD:
Bravo!)

Jetzt und hier beginnt eine neue Epoche. Jetzt beginnt
was Neues, und das führen wir an, das führen die neuen
Kräfte an. Das sind die Kräfte von der AfD. Sie können
folgen, Herr Merz, wenn Sie noch die Kraft dazu haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Ihr
Erbe, Herr Merz!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Frau Reichinnek für Die Linke.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeord-
neten der SPD – Zurufe von der AfD: Hoi!)

– Mäßigen Sie sich bitte. Danke schön.

Heidi Reichinnek (Die Linke):

Herr Merz, allen politischen Differenzen zum Trotz (D)
hätte ich mir niemals vorstellen können, dass eine christ-
lich-demokratische Partei – eine christlich-demokrati-
sche Partei! – diesen Dammbbruch vollzieht und mit
Rechtsextremen paktiert. Das ist es, was Sie tun!

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich sage Ihnen: Sie haben die Mehrheit mit der
AfD nicht in Kauf genommen. Das sind keine Zufalls-
mehrheiten. Sie haben diese Mehrheiten gesucht. Ge-
meinsam mit der FDP haben Sie diese Mehrheiten gezielt
gesucht, und das ist das verdammte Problem, und Sie
verstehen es bis jetzt noch nicht.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das nur zwei Tage, nachdem wir der Befreiung von
Auschwitz gedacht haben. Zwei Tage, nachdem wir der
Ermordeten und Gequälten gedacht haben, arbeiten Sie
mit denen zusammen, die genau diese Ideologie jetzt
weitertragen.

(Zuruf von der Linken)

Ihre Kommentare, die ich hier gerade höre, sagen ver-
dammt viel über Sie aus. Der Jubel, den Sie die ganze Zeit
bekommen, der zeigt doch, wem Sie hier gerade in die
Karten gespielt haben.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeord-
neten der SPD und des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]:

Heidi Reichinnek

- (A) Wir jubeln Ihnen zu, weil Sie eine tolle Rede halten!)

Und die Menschen werden am Ende immer das Original wählen, immer. Und jetzt stellen Sie von der Union sich wirklich noch hierhin und sagen: Sie alle, Sie Demokratinnen und Demokraten hätten ja zustimmen können. – Abgesehen davon, dass Sie nie eine Zusammenarbeit angeboten haben, uns ja sowieso nicht! Bier trinken mit Rechtsextremen? Kein Problem! Aber mit Leuten zusammenarbeiten, die Menschenrechte für alle wollen? Da ist natürlich Ihre Grenze. Ist klar!

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Also! Das ist jetzt wirklich schäbig!)

Abgesehen davon, dass es diese Gesprächsangebote nie gab, sagen Sie jetzt wirklich: Wir machen jetzt hier so einen rassistischen und rechtswidrigen Antrag, und wenn Sie jetzt alle nicht zustimmen, ja, dann können wir halt nicht anders, dann müssen wir mit den Rechtsextremen arbeiten! – Was ist das denn für eine erbärmliche Aussage?

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Ich sage Ihnen, Sie machen sich damit zum Steigbügelhalter. Sie haben dieses Land heute zum Schlechteren verändert. Und ich wiederhole das, was ich in meiner Rede gesagt habe: Egal wie sehr Sie es versuchen, die Brandmauer in diesem Land, das sind immer noch wir.

- (B) (Lachen des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Und wir alle werden auf die Straße gehen. Wir alle werden an die Wahlurnen gehen. Und das kann ich Ihnen versprechen: Wir werden dafür sorgen, dass das jetzt hier ein Ende hat.

Und ich sage auch an die Adresse von SPD und Grünen: Schließt eine Koalition mit dieser Union aus. Es kann euch nur schaden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich sage auch den Menschen da draußen: Gebt nicht auf, sondern wehrt euch, leistet Widerstand gegen den Faschismus im Land.

(Lachen bei der AfD)

Auf die Barrikaden!

(Beifall bei der Linken und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der Linken: Bravo! – Lachen bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich unterbreche die Sitzung des Deutschen Bundestages etwa für eine halbe Stunde. Der Wiederbeginn wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.

Vielen Dank.

(Unterbrechung von 17.55 bis 18.41 Uhr)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist jetzt wieder eröffnet.

Wir machen mit der Befragung der Bundesregierung weiter, und zwar an der Stelle, an der wir aufgehört hatten. Und da gerade ganz viele Fragezeichen auf vielen Stirnen zu sehen sind – das war bei mir auch so –: Es ging zuletzt um Bürokratieabbau und Tierhaltung. An dieser Stelle lasse ich jetzt die nächste Nachfrage zu, und die kommt von Renate Künast. Bitte schön.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Frau Präsidentin, dass Sie uns alle noch mal verortet haben, wo wir sind und warum.

Ich habe eine Frage an beide, an Herrn Minister Özdemir und an Frau Schulze. Ich möchte wissen – wir reden ja über Bürokratieabbau –, in welchen Bereichen es eigentlich die größten bürokratischen Belastungen für unsere Landwirte gibt. Zum Beispiel haben wir über das Düngerrecht geredet, was die CDU/CSU immer so kritisiert hat, und über Lieferkettenrechte auf europäischer Ebene. Im Zusammenhang mit Düngerecht ging es auch um die Frage: –

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Frau Kollegin, die Zeit ist schon um.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– Was bedeutet das für das Trinkwasser, und wie ist das mit den Kosten für die Verbraucher?

(D)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Bitte schön, Herr Minister.

Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Bildung und Forschung:

Vielen Dank. – Ich will dazu sagen: Entwaldungsfreie Lieferketten – das kommt ja aus Brüssel – sind grundsätzlich ein richtiges Anliegen, aber die Art, wie es gemacht war, war extrem bürokratisch. Das hat dazu geführt, dass ich als grüner Minister in einer überwiegend schwarzen Kommission dafür werben musste, dass man den Anwendungsstart verschiebt, eben weil das Vorhaben in der Form einfach extrem bürokratisch und umständlich war.

Zum Düngegesetz will ich sagen: Ich bedaure es sehr, dass es uns nicht gelungen ist, eine vernünftige Lösung zu finden. Ein Kompromissangebot des SPD-Ministers aus Mecklenburg-Vorpommern lag vor. Ich weiß, dass viele in der CDU das annehmen wollten. Aber das ist aus parteipolitischen Gründen gescheitert – zum Nachteil der Landwirtschaft, zum Nachteil auch dessen, –

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Bildung und Forschung:

– was wir in Brüssel versprochen haben.